

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate

pro viergespaltene Zeile 60 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Werbeanzeigen 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 10.

Berlin, den 2. März 1912.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Zur Erledigung der infolge gestiegener Mitgliederzahl umfangreicher gewordenen Arbeiten ist die

Anstellung einer weiblichen Hilfskraft für das Bureau der Zahlstelle Berlin

beschlossen, und wir bringen die Stellung hiermit zur Ausschreibung. Der Antritt müßte möglichst bald erfolgen.

Nach der in Aussicht genommenen Arbeitsteilung würde der anzustellende Kollegin in der Hauptfache die Arbeit an der Kartothek zufallen; es ist aber auch erwünscht, daß sie in der Lage wäre, in geeigneter Weise an der Agitation, namentlich unter den Kolleginnen, teilzunehmen.

Zulässig als Bewerber sind alle weiblichen Mitglieder, die dem Verbandsverbande mindestens fünf Jahre angehören, der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind und auch sonst die zur Führung des Amtes notwendigen Fähigkeiten besitzen.

Das Gehalt ist für das erste Jahr auf 1500 Mark festgesetzt und steigt die ersten zwei Jahre um je 100 Mk., dann um 50 Mk. pro Jahr bis zum Höchstgehalt von 2000 Mk. Bewerberinnen, die sich schon in ähnlicher Stellung befinden und zurzeit höheres Gehalt beziehen, kann entsprechend höheres Anfangsgehalt gezahlt werden.

Diejenigen weiblichen Mitglieder, welche sich um die Stellung bewerben wollen, werden ersucht, Bewerbungsschreiben nebst Angaben über ihren Lebenslauf und ihre bisherige Tätigkeit für den Verband bis zum 19. März an uns einzusenden. Wir machen aber noch darauf aufmerksam, daß alle Bewerberinnen, auch die bei früheren Gelegenheiten solches schon getan haben, Bewerbungsschreiben und die dazu gehörenden Angaben neu liefern müssen.

2. Eine Erhöhung der Lokalbeiträge auf 10 Pf. pro Woche für die Mitglieder der 3. und 4. Beitragsklasse, und 5 Pf. pro Woche für die 1. und 2. Beitragsklasse ist von der Zahlstelle Breslau beschlossene und unsererseits gutgeheißen worden.

Die Erhöhung der Beiträge tritt mit Woche 14 in Kraft.

3. Der Kollege August Glarmin aus Darmen wird ersucht, seine Adresse umgehend hierher mitzuteilen, da wir ihm Mitteilung in seiner Unfallangelegenheit zu machen haben.

Die Unterstützungsauszahlung bzw. die Gau- und Ortsverwaltungen werden ersucht, G. hierauf aufmerksam zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Das Hausarbeitsgesetz.

Den jahrzehntelang geäußerten Wünschen nach einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeit glauben die Mehrheit des Reichstages und sonstige beschreibene Gemüter mit der Annahme des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 Genüge geleistet zu haben. Wenn jemals die äußersten Anstrengungen, das Schicksal eines Gesetzentwurfs für die Objekte günstiger zu gestalten, vergebliche genannt werden mußten, so war es bei dieser Materie der Fall. Die Regierung und die Parteien waren über die Verhältnisse in der Heimarbeit genügend unterrichtet, war ihnen doch mehr als ausreichend durch Kongresse, Berichte, durch Ausstellungen u. a. Gelegenheit zur Erlangung dieser Kenntnis gegeben worden. Und welche Wünsche die Heimarbeiter selbst zur Verbesserung ihrer Lage vorzubringen hatten, das haben, um nur zwei der wichtigsten Veranstaltungen zu nennen, der Heimarbeiterkongress und der Hausarbeitertag des letzten Jahres zum Ausdruck gebracht.

Das Grundübel der Heimarbeit, oder wie von jetzt zwar nicht besser aber offiziell so sagen ist, der Hausarbeit, besteht in den unzulänglichen Lohnverhältnissen. Nur darum drehte sich der Kampf in und außerhalb des Parlaments. Und wenn die ausgebeuteten Hausarbeiter die Möglichkeit gehabt hätten, sich auf anderen Wegen Hilfe zu verschaffen, dann war ein Eingreifen der gesetzgebenden Gewalten überhaupt nicht notwendig. Die Hausarbeiter sind aber leider derartig notleidend und entzerrt, daß der Weg der Selbsthilfe bei ihnen gegenwärtig in der nächsten Zeit den gewünschten Erfolg zweifellos nicht haben wird. Gerade um die Festsetzung der Löhne ging aber Regierung und Reichstagsmehrheit mit fadenstehenden Gründen hinweg. Sagte doch der Staatssekretär Dr. Delbrück kürzlich noch im Reichstage, daß „die verbündeten Regierungen unter allen Umständen ihre Zustimmung zu gesetzlichen Bestimmungen verweigern müßten, die in irgendeiner Form eine obligatorische Festsetzung der Löhne unter Mitwirkung der Behörden fordern, da es der staatsrechtlichen Organisation der Bundesstaaten und der behördlichen Organisation nicht entspräche, in dieser Weise in den Arbeitsvertrag und in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen“. — Es läge ja sehr nahe, darauf hinzuweisen, daß durch das Kaligeseß und die Beteiligung des Staats am Kohlenhandel eine Politik verfolgt wird, die auf eine Preistreibeckung zugunsten der reichsten Leute hinausläuft, aber das sind es ja keine Hausarbeiter, die geschädigt werden sollen.

Die Lohnämter, die von den Sozialdemokraten in jedem Stadium der Beratung, anfänglich auch von den Vertretern der christlichen Gewerkschaften und Heimarbeiter, von dem Gewerksverein der Heimarbeiterinnen, den Hirsch-Dundeschen Gewerksvereinen und der Gesellschaft für Soziale Reform gefordert wurden, sind bei der letzten Beratung unter Mithilfe der eben genannten Gruppen beseitigt worden. Sie haben noch im Oktober 1911 eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der sie entgegen ihrer früheren Haltung sich statt mit Lohnämtern mit Sachausschüssen zufrieden geben, die für bestimmte Gewerbe Mindestlohnsätze mit rechtsverbindlicher Kraft aufstellen durften. Von der Regierung wurde dieses Entgegenkommen sofort benützt, sie brachte gern im Gesetz

Sachausschüsse unter, die aber ähnlich den geplanten Arbeitsämtern nur eine begutachtende Tätigkeit haben sollen. Nach Ablehnung aller ihrer Forderungen und nachdem auf ihren Antrag die Sicherung des Lohnes vor Beschlagnahme auch den Hausarbeitern gesetzlich zugestanden wurde, stimmte auch die sozialdemokratische Partei für das Gesetz, ohne damit aber die Verantwortung für die in jeder Weise unzureichende Regelung zu übernehmen.

Das Gesetz hat nunmehr 34 Paragraphen. Der letzte enthält die Bestimmung, daß das Gesetz am 1. April 1912 in Kraft tritt und daß darüber, wann die §§ 3 und 4 in Kraft treten sollen, eine kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats erlassen wird. Das sind — abgesehen von den Strafvorschriften der §§ 27—32 — die einzigen bestimmten Festsetzungen, die das Gesetz enthält. Dieses wahrt den Charakter eines Mantelgesetzes, d. h. aus dem Gesetz kann erst durch Verordnungen des Bundesrats oder Verfügungen der zuständigen Polizeibehörden etwas werden. Die §§ 1 und 2 enthalten die Bestimmung darüber, wer als Hausarbeiter angesehen wird. Es heißt, daß für Werkstätten, in denen: 1. jemand ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen gewerbliche beschäftigt; 2. eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem den Werkstattbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein, neben den bestehenden reichsgesetzlichen Vorschriften dieses Gesetz gilt. Ausgenommen bleiben Werkstätten, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Besitzers oder seiner Angehörigen gearbeitet wird. Als Werkstätten gelten auch Räume, die zum Schlafen, Wohnen oder Kochen dienen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird, sowie im Freien gelegene gewerbliche Arbeitsstellen.

Nach § 3 muß in denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgeübt werden oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, soweit es sich nicht um Werkstätten der im § 1, Abs. 1, Satz 2 bezeichneten Art handelt, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohnstafeln die Möglichkeit gegeben sein, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten. Für das Hausarbeiten neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht. Der Bundesrat kann für die Ausführung dieser Bestimmung nähere Anordnungen erlassen, er kann für bestimmte Gewerbebezirke oder Betriebsarten auf Antrag Beteiligten (d. h. der Unternehmer, D. N.) Ausnahmen gewähren. Bereits jetzt verbunden ist die Unternehmer triumpierend, daß diese Ausnahmen einen so großen Umfang annehmen sollen, so daß Jahre vergehen können, ehe mit den näheren Anordnungen zur Ausführung Ernst gemacht wird. Mit der Beseitigung des Hausarbeiterelends eilt es ja nicht so sehr als mit der Erhöhung einer Zivilliste in Preußen.

§ 4 schreibt vor, daß die Arbeitgeber den Hausarbeitern auf ihre Kosten Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhandigen haben, welche Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise enthalten. Für das Ausarbeiten neuer Muster gilt auch diese Bestimmung nicht. Für einzelne Gewerbebezirke, Betriebsarten oder besondere Gruppen von Hausarbeitern kann der Bundesrat auf Antrag Beteiligten Ausnahmen gewähren. — Nach diesen Bestimmungen weiß noch kein Mensch, wann und in welcher Weise der Ausschlag der Lohnstafeln und die Ausgabe von Lohnbüchern vom Bundesrat

geesehen wird, die Ausnahmen sind aber schon im Gesetz festgelegt; höher geht es mit der Abschwächung dieses Hausarbeitergesetzes kaum noch.

Der eigentliche Schutz in hygienischer Hinsicht soll durch die §§ 5—11 d. h. durch Verfügungen der Polizei erwirkt werden. Und zwar soll auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten hinsichtlich der Betriebsstätte angeordnet werden, was zur Vermeidung einer durch die Natur des Betriebes nicht gerechtfertigten Zeitverzögerung der Hausarbeiter bei der Empfangnahme oder Ablieferung der Arbeit erforderlich und nach der Natur der Anlage ausführbar erscheint. Für die Anordnung ist nicht nur eine angemessene Frist zu setzen, sondern es sind auch für Betriebe, die bei Erlaß dieses Gesetzes bereits bestehen, solange sie nicht erweitert oder wesentlich verändert werden, nur solche Anforderungen zulässig, welche ohne unverhältnismäßige Kosten ausführbar sind. — Diese Rücksicht auf bestehende Zustände ist für das ganze Gesetz charakteristisch.

Nach den folgenden Paragraphen kann die Polizei über Einrichtung der Werkstätten, der Lagerräume usw. Verfügungen, auch für einzelne Betriebe treffen, stets ist aber nicht nur eine angemessene Frist zu setzen, sondern es sind, abgesehen vom Umbau oder der Erweiterung bei bestehenden Anlagen, nur solche Anforderungen zulässig, welche zur Befreiung erheblicher, Leben und Gesundheit der Hausarbeiter oder die öffentliche Gesundheit gefährdender Mängel erforderlich sind oder ohne unverhältnismäßige Aufwendungen ausführbar sind. Was da gefordert wird, entspricht etwa dem Inhalt der §§ 120a und folgende der Gewerbeordnung. Die Verfügungen sind an die Unternehmer, im Falle des § 1, Absatz 1, Nr. 2 aber an die Hausarbeiter zu richten, gehen also in diesem Falle auf deren Kosten. Um diesen die Durchführung zu erleichtern, hat der Staatssekretär im Reichstage Mittel aus einem preussischen Fonds in Aussicht gestellt; wer davon etwas erhalten wird, das ist bei der bekannten Hartnäckigkeit der preussischen Bureaucratie noch nicht ausgemacht. Diese Beispiele, daß alles von einer Verfügung oder Verordnung abhängt, sonst überhaupt nichts geschehen kann, lassen sich noch in großer Anzahl aus dem Gesetz anführen. Die zwingenden Bestimmungen sind außerordentlich dürftig; wo sie überhaupt bestehen, sind sie an so komplizierte Voraussetzungen geknüpft, daß in der Praxis sehr wenig dabei herauspringen wird und vor lauter Ausnahmen ein Schutz nicht mehr eintritt.

Nach dem § 12 sind, soweit besondere Bestimmungen erlassen sind, die Unternehmer zur Anzeige der Eröffnung des Betriebes verpflichtet. Sie müssen nach den folgenden Paragraphen, wenn sie außerhalb ihrer Werkstatt gewerbliche Arbeiten verrichten lassen,

Streiktage.

Erzählung von Fritz Sängler.

I.

Es war am Sonntagvormittag. Freundlich und friedlich lag das Städtchen in dem flachen, breiten Mattental. Eine heilige Ruhe schwebte über der ganzen Gegend. Wo Menschen gingen, da gingen sie langsam, gemächlich, und wenn sich Menschen begegneten, sagten sie „Gruß Gott!“ zusammen, und wenn es gute Bekannte waren, da blieben sie stehen; denn niemand hatte es eilig. Es war ja Sonntag und zudem ruhten in der großen Maschinenfabrik, die so recht eigentlich das Herz des ganzen Städtchens war, schon wochenlang alle Hände.

Viele Arbeiter waren fortgezogen. Die Verheirateten, die geblieben waren, hatten ihre Lebenshaltung einschränken müssen. So litten alle zusammen im ganzen Ort unter den Verhältnissen.

Jetzt sah man nichts von dem Stampf, der da in aller Stille ausgetragen wurde, und die Kirchenglocken klangen durch die Morgenluft so friedlich, wie sie nur in solchen stillen Städtchen klingen können. Sie klangen weit über das Tal hinweg und weit hinauf in die Tannenwälder, welche die Höhen zu beiden Seiten des Tales bedeckten.

Dort oben ging einen verborgenen Fußpfad entlang ein Mann mit einem Kind. Er mochte dreißig zählen, das Kind war vielleicht vier Jahre alt. Ein Mann der harten Arbeit war es, schwer war sein Gang und ruhig und ernst sein Aussehen.

Die Kleine trug ein einfaches weißes Kleidchen. In einer Hand hielt sie ein Weidenkörbchen, in dem ein Stück Papier eingelegt war. Sie bückte sich bei jedem Strauchlein und sah vorständig nach, ob da oder dort nicht Beeren verborgen waren; wenn sie eine fand, jubilierte sie in den Morgen hinein. Der

ein Verzeichnis führen, das die Betriebsstätten der Hausarbeiter enthält. Das Verzeichnis dient der Polizei und der Gewerbeinspektion als Unterlage bei Revisionen.

Die Sachausschüsse sind in den §§ 18—26 enthalten. Es hängt danach ganz vom Bundesrat ab, ob überhaupt solche Ausschüsse gebildet werden, denn er kann, muß sie aber nicht anordnen. Und wenn die seither beobachtete Zurückhaltung des Bundesrats, durch Verordnungen den Arbeiterschutz zu bessern, betrachtet wird, dann läßt sich schon voraussagen, daß nicht viel dabei herauskommen wird. Man kann Sachausschüsse für bestimmte Gewerbegebiete und Gebiete, in denen Hausarbeiter beschäftigt werden, auch nur für bestimmte Teile des Reichs oder Teile von Gewerbebezirken beschließen. Bezirk und Sitz wird vom Bundesrat beschlossen. Die Sachausschüsse haben Staats- und Gemeindebehörden durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ersuchen haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezirke in ihrem Bezirk mitzuwirken, insbesondere über die Ausführung von getroffenen Verfügungen und in ihrem Bezirk für die Auslegung von Verträgen und die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Gewerbetreibenden und Hausarbeitern bestehende Verhältnisse. Sie können ferner Wünsche und Anträge beraten, mit Ausnahme solcher Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse eines einzelnen Betriebes betreffen, auch Veranstaltungen und Maßnahmen, welche diehebung der wirtschaftlichen Lage und der Wohlfahrt der Hausarbeiter zum Zweck haben, anregen und eventl. an der Verwaltung teilnehmen, auf Ersuchen der Behörden in geeigneter Weise, insbesondere durch Vernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter sowie von Auskunfts-personen, die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes ermitteln, dessen Angemessenheit begutachten und Vorschläge für die Vereinbarung angemessener Entgelte machen, endlich den Abschluß von Lohnabkommen oder Tarifverträgen fördern. Von diesen ganzen Aufgaben ist eigentlich nur der letzte Satz wertvoll, in dem das Zugeständnis liegt, daß ohne die Selbsthilfe und ohne Gewerkschaftsorganisationen an eine Verbesserung der Lage nicht zu denken ist. Die Ausschüsse sollen Tarifverträge fördern; zum Erzingen und Festlegen, das liegt deutlich darin, müssen andere Organisationen das ihrige tun.

Daß die Sachausschüsse nicht wirken können, wird jeder Unbefangene schon an ihrer Zusammensetzung sehen. Sie bestehen nach § 21 aus der gleichen Zahl

von Vertretern der beteiligten Gewerbetreibenden und Hausarbeitern, einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende darf kein Gewerbetreibender oder Hausarbeiter sein. Die Landeszentralbehörde bestimmt die Zahl der Vertreter, sie ernennen die Vorsitzenden, die Beisitzer und nach Anhörung der Beteiligten je die Hälfte der Vertreter der Gewerbetreibenden und Hausarbeiter. Die andere Hälfte wird mit Stimmenmehrheit je von den ernannten Vertretern der beiden Gruppen gewählt. Die Landräte werden als Arbeitervertreter zweifellos keine Sozialdemokraten „wählen“, und was diese ausgesuchten Vertreter sich für eine zweite Hälfte dazu wählen werden, kann jeder leicht sagen. So gewinnt die Mitteilung der Thüringer Industriellen, daß zwei Drittel der Vertreter Arbeiter sein werden, sehr an Wahrscheinlichkeit. Der Vorsitzende, die Beisitzer und die Arbeitgebervertreter sind ihre Klassengenossen, aus dem Rest wird die geeignete Auswahl schon jeden wirklichen Arbeitervertreter fernzuhalten versuchen, so daß nachher nur Arbeitgebervertreter beisammen sind, die in ihrem Sinne begutachten.

Wenn nicht schon das übrige Gesetz den Bahn zerstört hätte, daß es sich um ein „Arbeiterschutzgesetz“ handle, die Bestimmungen über die Wahl der Sachausschüsse müssen jedem Harmachen, daß hier ein Gesetz zur Verhöhnung der Hausarbeiter geschaffen wurde. Ein wirklicher Arbeiterschutz läßt sich bei dem Verlangen des Parlaments gegenwärtig nur durch die gewerkschaftliche Organisation erzwingen. Die Hausarbeiter, das sagt ihnen das Gesetz deutlich genug, müssen sich selbst zu helfen versuchen. Und wenn dieses Gesetz wenigstens die Wirkung hat, daß es die Hausarbeiter zu dieser Erkenntnis bringt, sie aufrüttelt zur klaren Erkenntnis ihrer Lage, dann ist die Arbeit der früheren Reichstagsmehrheit, wenn auch ungewollt, wenigstens nicht vergeblich gewesen.

Aus unserem Beruf.

Vom Arbeitsmarkt.

Nach den Berichten in der Tagespresse war der Geschäftsgang in den Leipziger Buchbindereien im Jahre 1911 gegenüber dem vorhergehenden Jahre nicht besonders abweichend. Der Sommer verlief ziemlich ruhig, dagegen brachte der Winter gute Beschäftigung. Der Absatz im Inlande war befriedigend, während das Exportgeschäft ziemlich unbedeutend blieb. Die Gründe sind darin zu suchen, daß die Papierwaren einen unverhältnismäßig hohen Frachtsatz verursachen und außerdem die Zollverhältnisse derartig sind, daß man kaum noch mit Vorteil mit dem Ausland arbeiten kann. Etwas Export hat nach England,

Man blieb dann jedesmal stehen und sah lächelnd nach dem Kinde.

Einmal aber jauchzte das Kind vor Vergnügen so auf, daß der Vater fast erschrak. Sie schlug verwundert einmal über das andere die Händchen auf die Knie: „Hat so, so viel Erdbeeren, so viel Erdbeeren, lauter Beeren, alles lauter Beeren.“

Der Vater kam freundlich näher. Er freute sich selber; ein ganzer Zweig dicht voll Himbeeren, die vor Reife glänzten.

Er half abplücken, und sie taten zwei Hände voll in das kleine Körbchen.

„Die bringen wir aber Mutti,“ meinte die Kleine.

„Ja, die mußt Du Mutti bringen.“ Als der Strauch leer war, gingen die beiden weiter.

Das Kind ging voran. In einer Lichtung, wo man einen wunderbaren Ausblick auf das Städtchen hatte, blieb es stehen.

„Das ist aber kein, Papa.“

„Was denn?“

„Schau doch, so viel Häuser.“

Der Vater trat hinzu. Ihnen gerade zu Füßen lag die Fabrik; er wollte eigentlich vorübergehen, aber die Kleine hielt ihn:

„Schau, schau, so viel Häuser.“

„Ja Kind.“

„Warum raucht denn der Schornstein nicht?“

fragte die Kleine nach einer Weile.

Der Vater sah gerade da hinunter.

„Es ist Sonntag, Lenchen, weißt Du's nicht?“

„Er hat aber gestern auch nicht geraucht.“

„Ja, weißt Du, es wird doch nicht gearbeitet in der Fabrik, da braucht man doch nicht zu feuern.“

„Ach so.“

Die kleine Seele war aber noch nicht zufrieden.

„Du Papa, warum wird nicht gearbeitet?“

Der Mann sah auf das Kind. Mit großen Augen schaute es zu ihm empor, diese großen, klaren Augen wollten eine klare Antwort haben. Er strich mit der Hand über das volle Haar der Kleinen und sagte:

„Siehst Du, das ist darum, weil die Leute, denen die Fabrik gehört, uns zwingen wollen, daß wir da nichts zu sagen haben, gar nichts zu sagen, siehst Du, Kind.“

Die großen Kinderaugen waren damit nicht befriedigt, und er nahm das Kind auf den Arm und küßte es auf die Wange und ging weg mit ihm aus der Lichtung, wieder auf den Pfad zurück. Dort ließ er's nieder und sagte:

„Wir gehen jetzt zu Mama.“ Und er ging weiter.

Die Kleine ging hintennach. Sie fragte nichts mehr, ihre Gedanken waren wieder bei anderen Dingen. Sie sah nach Beeren, die gab es aber hier nicht mehr. Hohe Kaminen standen zu beiden Seiten des Pfades und gaben keinen Raum für Gestrüpp. Da stand nur selten eine Waldblume oder ein Kraut, sonst war der Boden mit Tannennadeln bedeckt.

Sie wandte ihre Aufmerksamkeit dem Körbchen zu, das sie am linken Armchen trug. Da lagen dicht gedrängt die roten Beeren auf dem weißen Papier. Die waren zwar für Mama bestimmt, aber das rechte Händchen griff doch hinein und nahm eine, die gleich darauf zwischen den weißen Zähnen verschwand.

„Danke,“ sagte sie dann recht herzlich und ein-drucksvoll, als wenn ihr jemand die Beere gegeben hätte.

Der Vater sah zurück und eben wiederholte sich das Spiel. Wieder sagte sie „danke“ und machte noch einen kleinen Knick dazu.

Das Gesicht des Mannes, das eben so bitter ernst gewesen war, nahm eine heitere Miene an, und als die Kleine zum dritten Male hineingriff und wieder

Frankreich, Belgien, Oesterreich, Italien, Spanien usw. stattgefunden, aber bei weitem nicht mehr soviel wie früher. Nach Amerika hat der Export so gut wie ganz aufgehört. In den Preisen der Rohmaterialien sind wesentliche Änderungen nicht zu bezeichnen. Die Pappenfabrikanten mußten eine kleine Erhöhung eintreten lassen, weil sie zu wenig Wasser hatten. Die Kalifornier haben einen Ring geschlossen und haben die Preise ebenfalls etwas erhöht, liefern aber dabei billiger nach dem Auslande.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ war die Beschäftigung in der Kartonnagen- und Luxuspapierbranche im Monat Januar dieses Jahres wieder besser. Die Auslandsaufträge haben infolge der ungünstigen Zollverhältnisse sehr zu wünschen übrig gelassen. Im allgemeinen ist der Geschäftsgang noch nicht befriedigend und nur in der Kartonnagenindustrie war er gut.

Preiserhöhungen in der Kartonnagenindustrie.

Der Verband Nürnberger Kartonnagenfabrikanten hat beschlossen, alle Kartonnagenpreise ab 1. März um 10 Proz. zu erhöhen. Da diese Vereinigung dem Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten angeschlossen ist, so ist anzunehmen, daß die von Nürnberg ausgehende Preissteigerung sich innerhalb der Kartonnagenindustrie verallgemeinern wird. — Diese Annahme ist inzwischen verwirklicht worden, denn nach den Berichten der süddeutschen Tagespresse haben die Kartonnagenfabrikanten Mittel- und Süddeutschlands ihre Verkaufspreise für alle Arten von Kartonnagen infolge stark gestiegener Selbstkosten ab 1. März ebenfalls um 10 Proz. erhöht. — Eine solche Preiserhöhung wird hoffentlich zu einer Gesundung der unleidigen Verhältnisse in der Branche führen, wozu wir mit Bestimmtheit wissen wollen, daß die in der Preiserhöhung mit zum Ausdruck kommende 10prozentige Erhöhung des Lohnes an Arbeiter und Arbeiterinnen auch wirklich diesen zugute kommt. Für eine freiwillige Ueberlassung dieses Teiles aus der allgemeinen Preiserhöhung werden unsere Unternehmer ja nicht zu haben sein, aber wir wünschen doch, daß den bescheidenen Forderungen und Wünschen der Arbeiterschaft auch in den Kreisen der Unternehmer der Kartonnagenindustrie für die Folge mehr Verständnis und Entgegenkommen gezeigt wird, als dies seither der Fall war.

Arbeiterinnen an gefährlichen Maschinen.

In der „Papier-Zeitung“ finden wir die nachfolgende Anfrage eines Interessenten an die Schriftleitung der Zeitung:

„Danke“ sagte, lachte der Vater. Er nahm sein Töchterchen an der Hand; beide schritten etwas schneller und frohgemut dem Städtchen entgegen.

Als Vater Gebbert und Klein-Lendchen, so hießen die zwei, in der Nähe des Städtchens aus dem Walde traten, da sahen sie schon das kleine Haus, in dem sie wohnten. Es lag an einer engen Straße, die nicht immer sehr rein gehalten war, aber nach hinten gegen den Wald schmiegte sich ein kleiner Garten an den roten Ziegelfeinbau an. Dieser kleine Garten war noch einmal in vier Teile geteilt; aber wenn auch für jede Familie im Haus nur ein ganz kleines Stück Land blieb, es war doch als eigene Scholle betrachtet, sorgfältig gepflegt und mit Blumen und allerlei Gemüse angebaut. Man verbrachte da viele freie Stunden und besonders am Sonntagvormittag hielt man sich gern in dieser Gegend auf.

Es waren jetzt auch drei Männer dort, die auf der roh zurechtgezimmerten Bank saßen, Gebberts Brüder, außerdem ein dritter, ein Arbeitsgenosse von Gebbert, der Schlosser Kument.

Die Kleine hatte das gleich bemerkt und sagte: „Papa, es ist ein fremder Mann im Garten.“

„Kennst Du ihn denn nicht, Lendchen?“

„Nein.“

„Geh mal hin und sieh ihn Dir an.“

Die beiden gingen quer über die Matte an den Gartenzäun. Dort hob der Vater das Kind über den Zaun; er selber ging nach der Pforte, wo er eintat.

„Guten Tag, Kument.“

Der Angeredete drehte sich um. Er hatte auf das Kind geachtet, das ihm seine Beeren zeigte.

„Guten Tag.“ Er gab Gebbert die Hand. „Ich wollte mit Dir einmal sprechen,“ flügte er ernst hinzu.

„Es ist gut, Kument, wir können hineingehen.“

Sie traten durch die niedere Tür in ein sehr einfach ausgestattetes, saubergehaltenes Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Darf Papier behufs Weiterverarbeitung ohne Aufsicht eines fachkundigen Meisters durch gelernte und ungelernete Arbeiterinnen an den betreffenden Maschinen geschnitten, satiniert oder lackiert werden? Dürfen Mädchen oder Frauen nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes oder der Berufsgenossenschaften ohne fachkundige Aufsicht oder stetes Zugewegen des fachkundigen Arbeitgebers diese gefährlichen Maschinen allein bedienen, und welche maßgebenden Behörden sind für hier zuständig, wenn der Betrieb zur „Papierverarbeitung“ gehört?

Die „Papier-Zeitung“ gibt auf diese Frage die folgende Antwort:

Eine gesetzliche oder statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft, wonach die Beschäftigung weiblicher Personen mit dem Glätten und Lackieren verboten wäre, besteht nicht. Dagegen würde die Beschäftigung weiblicher Personen an der Schneidemaschine zu denjenigen Arbeiten gehören, die jugendlichen ungeübten Arbeitern nicht übertragen werden dürfen, bei solchen hat vielmehr vorher eine sachgemäße Unterweisung und Bekanntgabe der damit verbundenen Gefahren stattzufinden. Sofern gegen diese Vorschrift in einem Betriebe verstoßen wird, genügt Mitteilung an die zuständige Berufsgenossenschaft, um diese zum Einschreiten zu veranlassen.

Wir haben schon in einem früheren Falle einmal darauf hingewiesen, daß die Antworten der „Papier-Zeitung“ auf solche Fragen bei aller Genauigkeit und Objektivität, die zweifellos in ihnen liegen, vielfach unvollständig sind. Es würde nur im Anschluß dieser Zeitschrift — die ja auch die Hebung des Berufes bezweckt — liegen, wenn sie z. B. auf die vorliegende Anfrage rund heraus erklären würde, daß es unverantwortlich sei, an solchen gefährlichen Maschinen, wie es die Schneidemaschinen darstellen, Mädchen und Frauen zu beschäftigen und daß nach den Abmachungen der maßgebenden Arbeiter- und Unternehmervereinigungen im Berufe die Beschäftigung von Mädchen und Frauen an solchen Maschinen überhaupt nicht zulässig ist. Unser Lohnstarif für Buchbinderarbeiten, der im Vorjahre zwischen dem Verbands deutscher Buchbindereibesitzer und unserem Verbandsabgeschlossenen ist, wird nicht nur von den drei Vertragsorten Berlin, Leipzig und Stuttgart als allein gültig anerkannt, sondern seine wesentlichsten Bestimmungen gelten noch für eine ganze Anzahl Städte mit starker Vertretung unseres Berufes, so daß unser Lohnstarif für Buchbinderarbeiten für den größten Teil der in Buchbindereien tätigen Personen Geltung hat. Und weil dieser Lohnstarif die Beschäftigung von Mädchen und Frauen an Schneidemaschinen nicht zuläßt, deshalb ist diese Bestimmung als gewerbetüchlich anzusehen und jeder das Gegenteil bezweckende Versuch im Keime zu ersticken, anstatt — wie es die „Papier-Zeitung“ im vorliegenden Falle macht — noch Hintertüren zu zeigen, durch die man entschlipfen kann, wenn durch die übertriebene Profitgier wieder einmal ein junges Mädchen solchen gefährlichen Maschinen zum Opfer gefallen ist. Noch dazu, wenn der Fragesteller, wie oben ersichtlich, nur eine beruhigende Auskunft für sein schlagendes Gewissen haben will. Gerade in solchen Fällen, wie in dem vorliegenden, sollte man nicht nur Buchstabenmensch sein, sondern vor allem auch seinem menschlichen Empfinden Ausdruck geben und dieses kann sich nur in dem von uns gewünschten und rechtlich auch zutreffenden Sinne bewegen.

Der Arbeitsnachweis für Buchbinder in Stuttgart ist seit Jahren dem städtischen Arbeitsamt angegliedert. Die einzelnen Monatsübersichten ergeben wechselnde Gesamtvermittlungen in der männlichen Abteilung für die letzten Jahre:

Table with 5 columns: Year, Stellenangebote angemeldet, Stellenangebote vermittelt, Stellenangebote angemeldet, Stellenangebote vermittelt. Rows for 1911, 1910, 1909, 1908.

In der weiblichen Abteilung wurden für die Papierindustrie, die sich mit dem Berufe nicht ganz deckt, folgende Zahlen berichtet:

Table with 5 columns: Year, Stellenangebote angemeldet, Stellenangebote vermittelt, Stellenangebote angemeldet, Stellenangebote vermittelt. Rows for 1911, 1910, 1909, 1908.

Nur in der weiblichen Abteilung überragen die Stellenangebote die Stellensuche, ein Beweis für

den steigenden Bedarf nach billigen weiblichen Arbeitskräften. Dagegen konnten in der männlichen Abteilung längst nicht die Hälfte aller Stellenjüngenden Arbeit erhalten, sondern mußten längere Zeit am Ort arbeitslos bleiben oder weiter wandern. Vereinzelt werden noch Stellen durch Umjähren vermittelt.

Die englischen Arbeiterkämpfe.

Für die englische Arbeiterbewegung ist eine Sturm- und Drangperiode angebrochen. Die Trades Unions mit ihrer ruhmreichen Geschichte werden von einem neuen Geist durchschüttelt, der ihnen ohne Zweifel den noch vorhandenen Rest konserverhaften Gepräges nehmen und sie zu einem Abbild der modernen Zeit stampfen wird. Das wird allerdings nicht ohne schmerzliche Operationen abgehen und zu äußerst schmerzlichen Auseinandersetzungen in den Reihen der Mitglieder führen, doch wird sich die Wandlung voraussichtlich viel schneller vollziehen, wie man allgemein annimmt.

Die meisten englischen Gewerksvereine haben ihre Form und Verfassung noch aus einer Zeit herübergerettet, die von der heutigen grundverschieden war, aus einer Zeit, wo Englands Industrie und Handel fast allein den Weltmarkt beherrschte, woraus sich auch für die englische Arbeiterschaft eine bevorzugte Stellung ergab. Die frühzeitige Entwicklung Englands zum Industriestaat begünstigte eine frühzeitige Kräftigung der Gewerkschaften, die sich dann in dem Ringen um die Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder äußerte und zur Anerkennung durch die Unternehmer führte. Abgesehen von den schmerzlichen Kämpfen längst vergangener Zeiten, haben nur wenig englische Gewerkschaften um ihre Anerkennung durch die Unternehmer zu kämpfen brauchen. Diese fanden sich verhältnismäßig früh mit der Existenz der Gewerkschaften als einer gegebenen Tatsache ab.

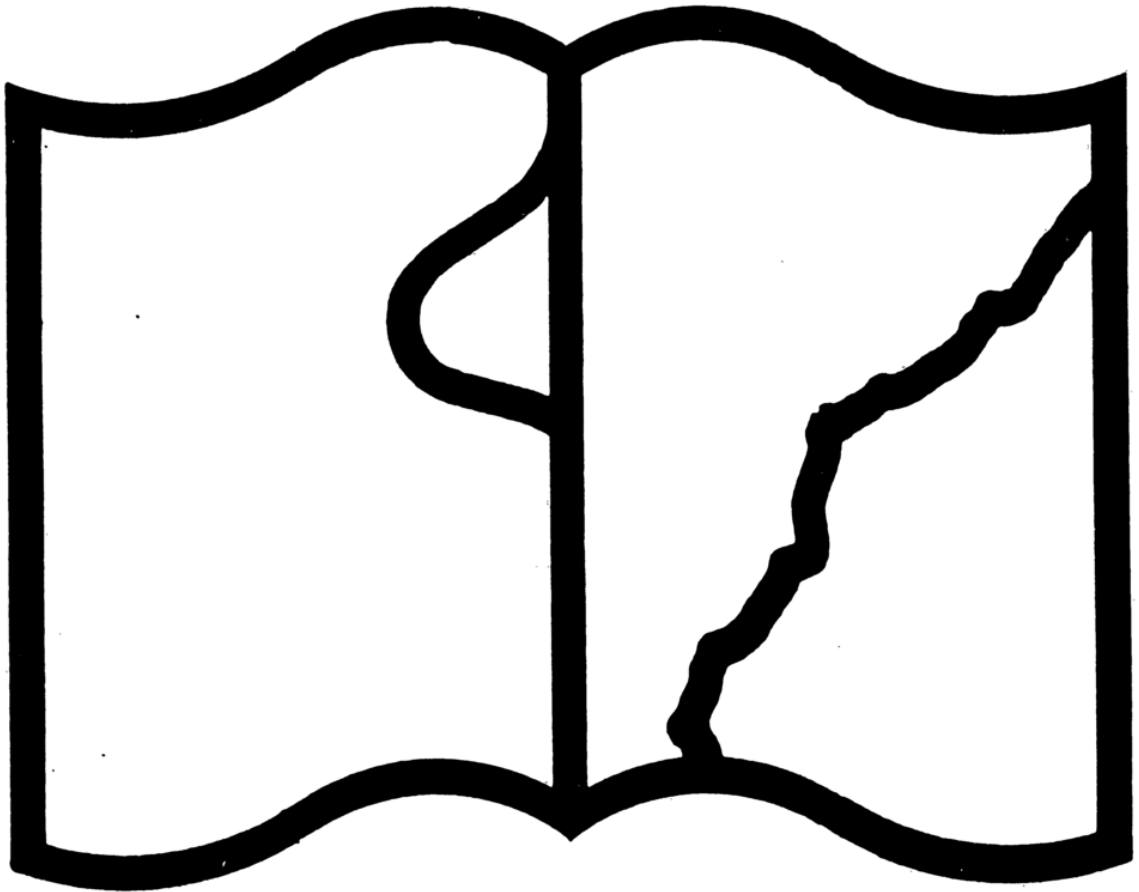
Auch wegen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden die Kämpfe im Laufe der Zeit seltener. Zum Teil fand dieses seine Erklärung darin, daß die Löhne und Arbeitsbedingungen eine bestimmte Höhe erreicht hatten, was zum mindesten dadurch erleichtert wurde, daß die englischen Unternehmer die höheren Löhne auf den Preis der Produkte schlagen konnten, ohne befürchten zu müssen, daß ihnen die Absatzgebiete verloren gehen würden. Auch in der späteren Zeit, als sich die Konkurrenz der übrigen Kulturländer fühlbar machte und die englischen Unternehmer fürchten mußten, daß eine längere Stilllegung der Betriebe zum Verlust der Absatzgebiete führen könnte, haben sie sich oft zu Zugeständnissen herbeigelassen. Durch diese und andere Umstände waren die Trades Unions, trotz ihrer nicht hervorragenden Widerstandskraft, in der Lage, für ihre Mitglieder Arbeitsbedingungen zu schaffen, die bis vor nicht langer Zeit dem deutschen Berufsgenossen als begehrenswert erschienen. Heute kann dies allerdings nicht mehr für alle Berufe behauptet werden und liegt darin die Anerkennung, daß die deutschen Gewerkschaften, die in den letzten Jahrzehnten unter weit ungünstigeren Verhältnissen ihre Tätigkeit entfalten mußten wie die englischen, ein gewaltiges Stück Arbeit vollbracht haben.

Den englischen Arbeitern kam neben den besseren Löhnen noch die durch das von England hochgehaltene Freihandelsprinzip gesicherte größere Kaufkraft des Geldes zugute, indem ihnen die notwendigen Lebensmittel nicht durch indirekte Steuern verteuert wurden. Diese verhältnismäßig günstige Stellung insbesondere der gelernten Arbeiter ist auf die Fortbildung der Organisationen und auf die Mäßigkeit nicht ohne Einfluß geblieben. Anstatt die Organisationen jederzeit kampfbereit zu halten, um die Lage der Arbeiter weiter zu verbessern, ging man in einer Anzahl derselben sogar so weit, ihnen nur die Verteidigung der bestehenden Arbeitsbedingungen zuzuwenden, und wo man sich hierzu nicht verstieg, wurde das Hauptgewicht auf den Ausbau des Vermittlungswesens bei Lohnstreitigkeiten gelegt. Nur wenige Gewerkschaften und Führer sorgten für die nötige Auffklärung und Erziehung der Massen und so trat nach und nach eine „Versteinerung“ der Organisationen ein. Die Leistungen, durchweg in liberalen Händen, suggerierten den Massen die Gefährdung der englischen Industrie durch die Konkurrenz anderer Länder und fanden damit bei der wenig aufgeschärften Arbeiterschaft Anhang. Daß unter solchen Umständen die alte Form der Trades Unions, die sich in manchen Fällen von den früheren deutschen Freiwereinen her durch unterscheiden, teilweise in bezug auf den Klassenkampf noch rückständig sind, beibehalten wurde, ist doch eine weiter verwunderlich. Meistens bestehen die Zentralorganisationen des Berufes vorband Form die nebenbei noch Verbände für einzelne Landes- oder Städte und in den Versammlungen wird auf Mitgliederklärung vielfach „Haarpalterei“ getriebe. In vielen Berufen, für welche in den Organisationen bestehen, ist kaum die Bestand der Klasse

Mikrofilm - Center



Kossenblatt GmbH



DIN 1681

ISO 0078

Beschädigter Text

gehörig organisiert. Wenn aber, und davon wissen ja auch die deutschen Gewerkschaften ein Lied zu singen, hinter den Arbeiterführern keine schlagfertige Organisation steht, bringen Verhandlungen selten ein annehmbares Resultat, und so wird es auch verständlich, wenn Lohnstreikigkeiten von den Conciliation Boards manchmal monatelang hingeschleppt werden, weil die Unternehmer die Organisation der Arbeiter nicht fürchten.

Während in Deutschland die Löhne erheblich in die Höhe gebracht wurden, berichtet das britische Handelsamt, daß dieselben in England in den letzten 10 Jahren nicht gestiegen sind, dagegen die Lebensmittelpreise eine Steigerung von 9 Proz. erfahren haben. Durch die immer mehr steigende Konkurrenz des Auslandes wird aber auch die Arbeitslosigkeit für den englischen Arbeiter unsicher. Dieses wie auch die Erfolge insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung haben ihn zum Nachdenken angereizt, und nach dem letzten Eisenbahnerstreik gärt es an allen Ecken und Enden. Während nun auf der einen Seite die liberalen Führer, die aus demselben Holz geschnitten sind wie die Hirsh-Dunderschen Vereinsleiter in Deutschland, versuchen, die Massen weiter am Wandelband zu halten, sind auf der anderen Seite anarchistisch-kommunistische Kräfte tätig, um dieselben mit dem Schlagwort Generallstreik zu betören und die Massen, denen die Schulung mangelt, jubeln natürlich den Schlagworten zu. Während unsere deutschen Gewerkschaftler wissen, daß die Vorbedingungen zum Massenstreik eine gute Organisation und gute Massen sind, denkt man hier vorläufig weniger darüber nach. Wenn auch einige wenige Gewerkschaften, u. a. die Kohlengräber, sich vielleicht an das Problem heranwagen dürfen, so sind doch die meisten nicht in der Lage, die Konsequenzen eines derartigen Schrittes zu tragen. Nichtsdestoweniger werden wir in diesem Frühjahr mit einer ganzen Anzahl Massenstreiks zu rechnen haben und es scheint, als ob zur Gebührende der Verhältnisse in den englischen Trades Unions diese Gewalttaten nötig sind. Wenn nichts anderes, so werden sie beweisen, daß die gegenwärtig vorhandenen Formen der Organisation nicht genügen, um dem modernen organisierten Unternehmertum wirksamen Widerstand zu leisten und die beste Folge wird sein, daß der Vereinheitlichung der Organisationen, wie das auch beim Streik der Eisenbahner der Fall gewesen ist, die Wege geebnet werden. Das wird aber auch der einzige Vorteil bleiben, während, wenn die Massen aufgefährt und die Organisationen den modernen Ansprüchen gemäß ausgebaut wären, bei dem gegenwärtigen Beschäftigungsgrad große Erfolge erwartet werden dürften. B.

Der gegenwärtige Stand der Bewegung ist ein recht erster. Raum war die herausfordernde Weisnachtsauspöterung der 200 000 Textilarbeiter durch einen Waffenstillstand beendet, da begannen sich in Lancashire schon wieder bedrohliche Dinge zu entwickeln. Einst war Lancashire das Eldorado des „sozialen Friedens“ und noch bis vor ganz kurzer Zeit zeichnete es sich durch die im allgemeinen guten Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen und den Verbänden der Baumwollfabrikanten aus. Neuestens haben es aber die Fabrikanten für ratfam gefunden, den Arbeitern und ihren Bestrebungen gegenüber in einer Weise aufzutreten, daß sich der Masse der Arbeitererschaft Grimm und bitterer Haß bemächtigt hat, und wenn die Fabrikanten nicht baldigst ihre Instinkte begehmen, wird das friedliche, liberale Lancashire dauernd in denselben Auf des Schauspielers erbitterter und verzweifelter Klassenkämpfe geraten, den sich Südwales und andere britische Industriedistrikte erworben haben. Die Weberarbeitererschaft, die sich in ihrer großen Mehrzahl aus Frauen rekrutiert, verlangt eine fünfprozentige Lohnerhöhung.

Im Vordergrund des Interesses steht selbstverständlich der für das Ende dieser Woche in Aussicht stehende Kohlenarbeiterstreik, zumal bei seiner voraussichtlich gewaltigen Ausdehnung eine nationale Wirtschaftskatastrophe nicht ausgeschlossen ist. Bei dieser Wiesenbewegung rechnet man mit einer glatten Million Streikender oder solcher, die mit in den Streik verwickelt werden. Unter dem 22. Februar wird dazu aus London berichtet:

Was die friedliche Beilegung dieser Bewegung schwer macht, ist die Tatsache, daß es sich um die Anerkennung eines Prinzips handelt, dessen Anwendung die meisten Arbeitgeber sehr fürchten. Zwar soll auch in Zukunft nicht mit dem Grundsatz gebrochen werden, daß die Löhne mit den Preisen steigen und fallen, aber die untere Grenze soll für jeden Untertagearbeiter festgelegt werden. Der Lohn soll mindestens so hoch sein, daß er dem Arbeiter die einmal erreichte Lebenshaltung sichert. Die Vergarbeiter haben in dies auch ganz deutlich in ihren Forderungen zum Ausdruck gebracht. Sie fordern keine Lohnerhöhungen, sondern in jedem einzelnen Nebier

nur die üblichen Löhne oder die schon bestehenden (allgemeinen) Minimallohne. Die Arbeiter versprechen sich von der Einführung des individuellen Minimallohnes auch eine bessere und sicherere Arbeitsmethode.

Die Minimallohnfrage ist eine Prinzipienfrage und bietet daher für das in England sonst so beliebte Kompromiß keinen Spielraum. Entweder ziehen die Vergarbeiter ihre Forderung zurück, oder die Arbeitgeber geben nach. Einen dritten Ausweg gibt es nicht. Das ist auch allmählich der bürgerlichen Presse Großbritanniens klar geworden, die jetzt ihre Hoffnung auf die 116 000 Mitglieder der Vergarbeiterföderation setzt, die gegen den Generallstreik stimmen (446 000 erklärten sich für den Streik). Dies dürfte jedoch eine trügerische Hoffnung sein, denn kommt es zum Generallstreik, so wird die Arbeit in allen Gruben ruhen. Das Solidaritätsgefühl ist unter den britischen Knappen so stark und unergründlich, daß die Unternehmer noch nie daran gedacht haben, während eines Streiks in einem einzelnen Nebier Arbeiter aus anderen Nebieren anzuwerben. Es gibt Gruben in Großbritannien, die seit Jahren bestrickt werden und still liegen müssen, weil die Besitzer keine Streikbrecher bekommen können. — Nach Lage der Sache scheint also der Ausbruch des Generallstreiks sicher zu sein und man rechnet mit einer Dauer desselben von 2—4 Wochen. Nach dieser Zeit dürften den Grubenbesitzern so gewaltige Verluste erwachsen sein, die sie zum Nachgeben veranlassen werden. Die Streikkassen der Arbeiter sollen 43 Millionen Mark enthalten, ein Betrag, der für fast die doppelte Zeit ausreichen würde.

Das Hauptorgan des englischen Großkapitalismus, die „Times“, droht bereits mit Ausnahmegefehen. Wenn es zu einem allgemeinen Kohlenausstand käme, bemerkt das Blatt, „würde das Verlangen nach beschränkender Gesetzgebung gegen den Mißbrauch der Gewerkschaftsorganisation so stark werden, daß keine Regierung sich ihm widersetzen könnte“. Also auch im „freien“ England fassen die Kapitalisten bereits Ausnahmegefehe als letztes Mittel gegen die Arbeiter ins Auge. Das ist ein Zeichen der Zeit! Sobald die herrschende Klasse befürchten muß, daß ihr Ausbeutungsmonopol durch die Macht der Arbeiterorganisationen beeinträchtigt werden könnte, werden die liberalen Pfaffen vom Rechtsstaat ins alte Eisen geworfen und an die nackte Gewalt appelliert.

Zur Kartonnagenarbeiterkonferenz.

Die Kartonnagenkonferenz ist also feststehende Tatsache. Wohl weniger aus eigener Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer derartigen Konferenz als mehr aus das Drängen der Kartonnagenarbeiter hin hat der Verbandsvorstand diese Konferenz in Aussicht genommen. Es ist daher für die Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen unbedingt notwendig, alles daran zu setzen, um die Konferenz äußerst nutzbringend zu gestalten. Mag also die Konferenz den Ausgangspunkt bilden für eine intensive Bewegung, die auch für die Kartonnagenarbeitererschaft erträglichere Zustände schafft.

Nun wird es auch auf dieser Tagung heißen müssen: Agitiert noch viel mehr als bisher unter den Gleichgültigen, rüttelt sie mit noch viel mehr Energie aus ihrem Schlafe, in dem sich noch ein so großer Teil so wohl fühlt. Und es sind die Vorschläge wohl beachtlich, die auf Errichtung einer sogenannten Zentralstelle und auf Bildung von Bezirksagitationskommissionen usw. lauten. Wir wollen uns aber auch nicht verhehlen, daß der Verband in den letzten Jahren alles Erdenkliche geleistet hat, um die Kartonnagenarbeiter für unsere Sache zu begeistern. Die Staffelung der Beiträge, der Ausbau unseres Unterstützungswesens, besonders die Einführung der Krankenunterstützung, die Anstellung von Beamten in besonders ausgeprägten Kartonnagenbezirken, Bildung von Branchekommissionen usw. usw., alles ist uns zuliebe geschehen. Es werden daher nicht sehr viel Lücken auszufüllen sein, die in begug auf Agitation und Verbandseinrichtungen noch bestehen sollen. Aber eins soll und muß die Konferenz anbahnen: Die Schaffung eines auch für Afforditfcharbeiter geltenden Tarifes. Zwar ist diese Frage bisher als ganz und gar nicht spruchreif, als unüberführbar gehalten worden, aber wo bekanntlich ein Wille ist, findet sich auch ein Weg. Der Nutzen, den ein Tarif für jedes Gewerbe hat, muß sich bei der Kartonnagenbranche in besonders hohem Maße einstellen. Es gibt wohl keinen zweiten Industriezweig, der, wie die stehende Redensart lautet, so auf den Hund gekommen ist wie die Kartonnagenindustrie. Die Fabrikanten haben es durch das gegenseitige Abjagen der Aufträge, durch Unterbietung in den Preisen, durch die größte Uneinigkeit in den eigenen Reihen usw. dahin gebracht, daß jeder halbwegs gebildete Volkswirtschaftler die Kartonnagenindustrie

mit einer gewissen Verachtung betrachtet. Es ist klar, daß bei den verlotterten Zuständen ein Aufstieg der sonst tüchtigen und intelligenten Arbeitererschaft äußerst schwer ist und es ist trotz des ständigen Mangels an geschulten Arbeitskräften nicht möglich gewesen, die allgemeine Lage der Arbeitererschaft in unserer Branche wesentlich zu verbessern. Das müssen wir als den festen Willen der Kartonnagenarbeitererschaft tun: Der Lohn der Arbeiter hat als unantastbar zu gelten! Es muß damit ein Ende gemacht werden, daß auf Kosten des Lohnes Massenaufträge ergattert werden. Die Arbeitererschaft hat an denselben, sofern sie mit Hungerlöhnen verbunden sind, kein Interesse. Weniger Aufträge mit gutem Lohn müssen uns wertvoller sein. Den bisherigen traurigen Verhältnissen kann aber nur durch Schaffung einzelner Spezialtarife beigegeben werden.

Die Dresdener Kollegen haben sich nun der großen Arbeit unterzogen und Grundlagen für verschiedene Spezialtarife geschaffen. Sind auch die aufgestellten Lohnsätze mehr für die Kolleginnen maßgebend, so ist doch klar, daß auch die Kollegen äußerst viel dabei gewinnen würden, deren jetzige Afforditlöhe sich vielfach noch weit unter den Dresdener Vorschlägen befinden. Es muß daher Aufgabe der Konferenz sein, die Schaffung einer allgemeinen Tarifbewegung anzubahnen. Es sollte jeder an der Spitze marschierende Kollege, insbesondere jeder Delegierte diese Dresdener Schemas, die zunächst für die Dresdener Verhältnisse zugeschnitten sind, eingehend studieren und auf die einzelnen Spezialbranchenverhältnisse hin prüfen. Es wird dann jeder in der Lage sein, mit abgeklärter Meinung die Konferenz zu befruchten. Bei einer allgemeinen Aufstellung eines solchen Zieles ist wohl auch die Hoffnung berechtigt, daß das Gros der uns noch fernstehenden Kollegenschaft für unsere Bewegung gewonnen wird. N.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Nicht nur für die englische Arbeitererschaft, wie an anderer Stelle nachgewiesen wird, sondern auch für die deutsche werden die nächsten Wochen und Monate eine ganz besondere Sturm- und Drangperiode darstellen und eine große Reihe Streiks und Auspöterungen an der Tagesordnung sein. Hier wie dort sind es die Bewegungen im Bergbau, die dabei ob ihrer Ausdehnung und der Wahrscheinlichkeit größerer wirtschaftlicher Erschütterungen tonangebend sein werden. Die beträchtliche Erhöhung der Kohlenpreise durch das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hatte die öffentliche Meinung infolge der Erregung durch die Reichstagswahlen weniger berührt. Diese Erhöhungen betragen 0,25 bis 1 Mk. pro Tonne. Das ist ein recht beträchtlicher Aufschlag, der nur dadurch möglich ist, daß jede Konkurrenz der Außenleiter in den hauptsächlich Marktgebieten wegfällt, und die Lage des Kohlenmarktes ist gut und aufsteigend, Grund genug, um zu fordern, daß der Preisaufschlag nicht nur dem Kapital, sondern auch den Arbeitern zu einem Teile zuzuführen ist. Der Kampf um die höheren Löhne wird sich infolge der abnormen Steigerung der Lebensmittelpreise viel lebendiger gestalten als jeher, ist doch im Laufe des Jahres 1911 nach den statistischen Aufzeichnungen der Nahrungsmittelaufwand in stärkerem Maße gestiegen als je in einem der vorangegangenen Jahre.

Die Lohnbewegung der Vergarbeiter wird von dem freien Vergarbeiterverband, dem Hirsh-Dunderschen Gewerbeverein der Vergarbeiter und der polnischen Berufsvereinigung gemeinsam geführt. Diese drei Organisationen haben den Zeichenbesitzern eine Eingabe überhandt, in der sie die Vorstände des Zeichenverbandes und des Vergbauerlichen Vereines ersuchen, „auf die hohen Körperchaften angeschlossenen Grubenverwaltungen dahin einzuwirken, die Durchschnittslöhne der Vergarbeiter dazut erhöhen, daß ein Ausgleich für die eingetretene Wertenerung der Lebenshaltung geschaffen wird“. Als Grundlage der vorzunehmenden Lohnaufbesserungen sollen die im vierten Quartal 1907 gezahlten Durchschnittslöhne betrachtet werden; hierzu müßte ein Aufschlag treten, durch den die inzwischen eingetretenen Steigerungen der Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel ausgeglichen werden. Ferner sei dahin zu wirken, daß soweit wie möglich ein Ausgleich zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnen eintritt.

In der auf diese Eingabe erfolgten Antwort erklärte sich der Zeichenverband als „für Lohnfragen nicht zuständig“, betonte jedoch, daß „außer der seit dem Jahre 1910 bereits eingetretenen allgemeinen Lohnerhöhungen auch jetzt wieder anlässlich der Preiserhöhung für Kohlen eine Erhöhung der Schichtlöhne im rheinisch-westfälischen Bergbau erfolgt sei und auch eine Erhöhung der übrigen Löhne angesichts der stark beschäftigten Industrie mit Sicherheit erwartet werden könne“. Das ist natür-

lich eine Antwort, die in keiner Weise befriedigen kann. Am 25. Februar nahmen die Bergarbeiter in 19 großen Versammlungen Stellung zu der Lohnbewegung, an der viele Tausende teilnahmen und stürmisch die notwendige Lohnenerhöhung fordereten. Inzwischen sind die Forderungen — in zehn Punkte zusammengefaßt — den einzelnen Grubenverwaltungen eingereicht worden. Die christliche Organisation hat sich dem allgemeinen Vorgehen nicht mit angeschlossen. Sie stellt sich dabei auf einen Standpunkt, wie er vom „Bergknappen“, dem christlichen Verbandsorgan, in den folgenden Sätzen niedergelegt ist:

„Wir Arbeiter im deutschen Bergbau haben mit unseren Arbeitgebern gemeinsam ein Interesse an einem möglichst großen Absatz und an ausreichend hohen Kohlenpreisen. Im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter im deutschen Bergbau läge jetzt ein Streit im englischen Bergbau. Es wäre dann möglich für uns, neue Absatzgebiete zu gewinnen und in Zukunft die bei uns geschaffenen Produktionsmöglichkeiten besser wie bisher auszunutzen.“

Der Sinn dieser Ausführungen ist gar nicht zweifelhaft. Er besagt: Es ist für uns vorteilhaft, wenn die englischen Bergarbeiter in den Generalstreik eintreten, dann können wir England mit deutschen Kohlen überschütten und so die englischen Bergarbeiter niederkämpfen. Der christliche Bergarbeiterverband entzweigt damit einmal mehr den wahren Charakter der christlichen Gewerkschaften als Streikbrecherorganisationen. Daß sie damit nicht im Interesse und nach dem Willen ihrer Gesamtmitglieder handeln, hat sich in den letzten Sonntagsversammlungen (25. Februar) gezeigt, in denen auch christliche Bergarbeiter dem Vorgehen der übrigen drei Verbände zustimmten. —

Die seit dem 22. Februar getätigten Verhandlungen zwischen den Hauptvorständen der Arbeiterorganisationen und dem Arbeitgeberverband im Schmelzergewerbe sind am 26. Februar gescheitert, so daß am 1. März in 32 Städten die Arbeiter dieses Berufs, soweit sie bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in Arbeit stehen, in den Streik eintreten werden. Die Verhandlungen wurden abgebrochen infolge eines Ultimatus der Unternehmer, durch welches eine Beratung des materiellen Teiles der Arbeitervorlagen ausgeschlossen werden sollte. —

Eine allgemeine Aussperrung müssen die Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen über sich ergehen lassen. In prägnanter Weise wurde dem Porzellanarbeiterverband der entsprechende Beschluß des Schutzbereichs deutscher Porzellanfabriken mitgeteilt, woraus zu schließen ist, daß der entbrannte Kampf in dieser Industrie auch nicht so bald beendet werden wird. Am Schlusse der Vorwoche werden gegen 8000 Personen ausgesperrt gewesen sein. Die Differenzen sind entstanden durch versuchte Lohnreduzierungen in der Isolatorenbranche. Die Arbeiter eines Betriebes lehnten die Arbeit zu dem gekürzten Preis ab, worauf die Arbeit in andere Städte wanderte, wo ihre Herstellung ebenfalls verweigert wurde. Um die hierdurch hervorgerufene Aussperrung zu vermeiden, erklärten sich die Arbeiter des ersten Betriebes bereit, die Lohnkürzungen anzunehmen. Umsonst, die Unternehmer wollten die Aussperrung und sie behnten dieselbe auf den ganzen Beruf aus. Interessant ist auch hier wieder, daß der Aussperrungsbeschluß nicht entfernt eingehalten wird und daß vor allem die Hauptstraßen im Kampfe sich hierbei als Rückelberger zeigen. —

Die Tarifbewegung der Sattler und Portefeuille war im letzten Jahre besonders lebhaft. Es wurden inhaltlich bedeutende Tarife für große Berufsgruppen abgeschlossen, unter denen der Dreistädte tarif Berlin-Offenbach-Stuttgart in der Lederwarenindustrie an erster Stelle steht. Am 1. Januar 1911 bestanden 52 Tarife für 481 Betriebe mit 7867 Personen. Im Laufe des Jahres schieden 17 Verträge für 307 Betriebe mit 6242 Personen durch Kündigung und durch Anschluß an andere Verträge aus. Der Verband schloß im Jahre 1911 aufs neue 31 Tarife für 516 Betriebe mit insgesamt 10 003 Personen ab. Als neu abgeschlossen sind 19 Tarife für 63 Betriebe mit 619 Beschäftigten zu verzeichnen und bereits vorhandene Tarife wurden in 12 Fällen für 454 Betriebe mit 9384 Personen erneuert. Das Gros der im Vorjahre abgeschlossenen Tarife, nämlich 29 für 511 Betriebe mit 9901 Beschäftigten, wurden durch friedliche Verhandlungen abgeschlossen, und nur zwei Tarife mit 102 Personen sind durch Streiks zustande gekommen. Der Stand der Tarifverträge am 1. Januar 1912 betrug 66, es sind dadurch in 690 Betrieben mit 11 628 Personen die Arbeits- und Lohnbedingungen tariflich geregelt. Von den einzelnen Sparten dieses Gewerbes stehen mit den Tarifbeschülten die Lederwarenarbeiter in der Reiseeffekten- und Portefeullesindustrie mit 18 Verträgen, die 9522 Personen umfassen, im Vorder-

treffen; denen folgen die Gruppen der Wagen- und Autosattler und die Militäreffektenarbeiter mit ebenfalls größeren Ziffern. Die anderen Spezialgruppen sind nur in geringer Anzahl tariflich erfasst. Die Mitgliederzahl der Organisierten betrug am 1. Januar 1912 ca. 13 600, davon stehen 8089, also fast zwei Drittel, in einem tariflich geregelten Arbeitsverhältnis. —

Auf ein 25jähriges Bestehen kann das „Schuhmacher-Verbandblatt“ am 20. Februar zurückblicken. — Der Holzarbeiterverband steht schon seit Wochen mit den Unternehmern in Verhandlungen. Die Abhülse für eine Reihe Städte sind bereits vollzogen. — Auch unter den Steinseßern kristallisiert es. Der Steinseßerverband hat an die Generalversammlung der Unternehmer den Antrag auf Einrichtung eines Reichsstarikants — ähnlich dem der Buchdrucker — gestellt. — Die bestehende internationale Handschuhmachervereinigung steht vor der Aufgabe, sich auflösen zu müssen. Voraussichtlich zieht dies auch eine Auflösung des internationalen Sekretariats nach sich, da durch das Eingehen der französischen Landesorganisation der Handschuhmacher — das auch der Grund zur Auflösung der Vereinigung war — dem Sekretariat seine Hauptaufgabe, die Organisation in Frankreich zu fördern, entzogen sei.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

- Deutschland:**
Heilbronn (Kettler-Kamera-Werke in Sontheim).
- Bosnien:**
Sarajewo (die Firmen Karl Tomja, Stefan Tolpa und Joseph Hovicic).
- Italien:**
Genua. (Für Buchbinder.)
- Ungarn:**
Fiume (die Firmen Kirchoffer, Werk und Bratowich).
- Schweiz:**
Neuenburg (Firma Delachaux u. Niestlé).
Grenchen (Firma Niederhäuser).

Vor Arbeitsannahme erkundigen:

- Deutschland:**
Halle (Buchbinder, Kontobuch- und Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
Gau VI/VII (für den ganzen Gaubezirk, vor allem nach Stade, Schönberg i. W. und Oldenburg, beim Gauverband in Hamburg).

Brieg. Am Ende des Jahres 1910 hatten wir in der hiesigen Zahlstelle einen Mitgliederbestand von 169, davon waren 110 männliche und 59 weibliche. Im Laufe des Jahres sind 203 neue Mitglieder eingetreten und 11 zugereift. Abgereift sind 34, so daß am Schlusse des Vorjahres die Mitgliederzahl auf 249 gestiegen ist; darunter befinden sich 151 weibliche. In Versammlungen wurden abgehalten 2 General-, 15 Mitglieder- und 7 Betriebs- und Werkstüberversammlungen. Ein achtägiger Streik bei der Firma Goldner u. Ko. wurde durch die Vermittlung des Kollegen Würzberger in Berlin mit dem Resultat einer Lohnenerhöhung durchgeführt. Im Oktober fand in Brieg eine Gaukonferenz statt, an der Kolth- und Würzberger-Berlin teilnahmen, die sich mit der Anstellung eines Gauleiters beschäftigte. Im Berichtsjahre haben ferner drei Hausagitationen stattgefunden, die von großem Erfolg begleitet waren, wie obige Zahl der Neueintritte ausweist. Der Rassenbestand der Lokalkasse betrug am Jahreschlusse 617,83 Mk., so daß die Zahlstelle Brieg mit der Entwicklung des Mitglieder- und Rassenstandes zufrieden sein kann. Anfang März wurde eine freiwillige Sterbekasse gegründet, zu der Beiträge in Höhe von 10 Pf. bei jedem Todesfall eingezogen werden. Nach den Eingängen werden die Unterstellungen ausgezahlt. Die Summe der Einnahmen dieser Kasse betrug 92,10 Mk. Ausgezahlt wurden für sieben Todesfälle 89,60 Mk. Der Kasse gehören 103 Mitglieder an.

Die letzte Generalversammlung der Zahlstelle fand am 10. Februar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen

Kollegin Winkler in üblicher Weise geehrt. Hierauf erstattete Bürkner den Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal, nach deren Erledigung die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen wurde. Als 1. Vorsitzender wird der neugewählte Gauleiter, Kollege Bruck, fungieren. Zum 2. Vorsitzenden wurde Sprötte gewählt, zum Kassierer Siebenlist, zum Schriftführer Iwan, zu Revisoren Kliesch und Kornoll, zum Bibliothekar Willimsh, zu Kartelldelegierten Moses, Sticha und Janke und zu Beisitzern Moses und Kollegin Giersberg. Eine längere Debatte entspann sich über das am 23. März abzuhaltende Stiftungsfest. Zwecks Verlegung unseres Versammlungslokals wurde einer Kommission der Auftrag erteilt, sich nach einem geeigneten Lokal umzusehen. Weiter wurde beantragt, einer noch nicht bezugsberechtigten Kollegin eine Notstandsunterstützung zu gewähren. Der Kollegin wurden 15 Mk. zugesagt, jedoch beschlossen, einen entsprechenden Antrag dem Hauptvorstand zu unterbreiten. Zum Schluß wurde noch ein Schreiben vom Jugendauschutz zur Kenntnis genommen und dann die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Mugsburg. Unsere am 11. Februar abgehaltene Generalversammlung stand im Zeichen eines sehr schlechten Besudes. Wie ganz anders waren dagegen die Monatsversammlungen besucht. Solche wurden 12 abgehalten und 5 Ausschusssitzungen, sowie 18 Agitations- und Werkstüberversammlungen. Durch rege Tätigkeit der Kolleginnen und Kollegen konnte die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle im abgelaufenen Jahre nahezu verdoppelt werden; wir zählen jetzt 63 Mitglieder. Tarifbewegungen fanden bei der Firma Gebr. Reichel, Hofbuchdruckerei, und der Tütenfabrik R. N. Aubele statt. Während es bei der ersten Firma zu einem festen Vertragsabschluss und Lohnzulagen von 1 bis 4 Mk. pro Person kam, war die letztere nicht zu bewegen, sich vertraglich festzulegen. Trotzdem zeitigte auch diese Bewegung 1,50 bis 2 Mk. pro Person wöchentlich an Zulagen. Diese Erzeugnisse haben wir in erster Linie dem tabellosten Zusammenhalten unserer dort beschäftigten Mitglieder zu verdanken.

Anfete in den hiesigen Papierwarenfabriken eingesezte Agitation, die mit vieler Arbeit und Ankosten betrieben wurde, zeitigte leider nicht den erhofften Erfolg. Wir werden es nunmehr mit der Hausagitation versuchen. Nach dem Bericht des Kassierers betragen die Einnahmen der Hauptkasse 1182,38 Mk., die der Lokalkasse 312,50 Mk. Die Ausgaben der Hauptkasse 969,89 Mk., die der Lokalkasse 209,82 Mk. Die Neuwahl des Gesamtausschusses ergab bis auf wenige Ausnahmen das alte Bild, was mit Freuden begrüßt wurde. Zum Zwecke einer energischen einheitlichen Agitation wurde ein aus 6 Kollegen bestehendes Agitationskomitee gewählt. Ebenfalls wurde die Tarifkommission um ein weiteres Mitglied erhöht. War auch das alte Jahr an Arbeit und Mühe reich und können wir auch mit den unternommenen Lohnbewegungen zufrieden sein, so wird doch das heurige Jahr nicht minder hohe Anforderungen an die Mitglieder stellen. Gilt es doch die Tarife mit der Buchbinder-Zwangsunion und mit der Firma Gebr. Reichel zu erneuern, ebenso bei der Firma Aubele einen solchen zur Durchführung zu bringen und die Löhne noch erheblich zu verbessern. Wenn sich unsere Hoffnungen nicht als trügerisch erweisen, wird auch in der Papierwarenfabrikation eine größere Lohnbewegung stattfinden. Wir müssen immer wieder auf die Erzeugnisse unseres Verbandes hinweisen und unsere Mitglieder, die sich im letzten Jahre besonders arbeitsfreudig und opferwillig gezeigt haben, ermahnen, nicht müßig zu werden, sondern alle Kräfte anzuspannen, bis die letzten Berufsangehörigen dem Verbandszugeführt sind, damit auch Mugsburg, jetzt noch immer die schwarze Metropole, eine Zierde unseres Verbandes wird.

Berlin. Am 13. Februar fand eine gut besuchte Branchenversammlung der Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen statt. Aus dem Geschäftsbericht der Agitations- und Tarifkommission, gegeben von den Kollegen Herzog und Wienick, ist besonders hervorzuheben, daß die Zahl der Organisierten in unserer Branche seit dem Jahre 1907 von 2447 auf 3242 gestiegen ist. Auch die Verbindungen mit den Geschäftsbetrieben haben eine wesentlichen Zuwachs erfahren und bestehen zurzeit 132, gegen 89 im Jahre 1907. Infolge des neuen Tarifabschlusses machten sich äußerst viele persönliche Verhandlungen nötig, insgesamt waren es 113. Kollege Röder machte den Vorschlag, die Schiedsgerichtsurteile in der „Buchbinderzeitung“ zu veröffentlichen. Wienicke wendete sich hiergegen, erklärte sich aber bereit, die wichtigsten Urteile von Zeit zu Zeit gesammelt zu veröffentlichen. Zur Neuwahl der Agitationskommission liegt ein Antrag der Delegierten der Branche vor, welcher die Redu-

zierung der Agitationskommission von 9 auf 7 Mitgliedern forderl. Dieser Antrag fand Annahme und wurden die Kollegen Herzog, Neubauer, Schaaßschmidt, Jahn und Grebe, sowie die Kollegin Serpentin gewählt. Das 7. Mitglied soll in der nächsten Branchenversammlung gewählt werden. In die Tarifkommission werden der Kollege Zimmerer (Pfeifer) und die Kollegin Lüdicke (Grösch) gewählt. Von der Beisitzerwahl der Ortsverwaltungsbereiter wird Abstand genommen, da gegen die neue Fassung des § 1 des Ortsstatuts von 1600 Mitgliedern eine Urabstimmung beantragt worden ist.

München. Am 14. Februar fand unsere Generalversammlung für das 4. Quartal statt, in der König den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete, dem wir folgendes entnehmen: Einnahmen der Verbandskasse 6532,75 M., Ausgaben 3826,58 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2020,33 M. und eine Ausgabe von 1640,76 M. Beim Kassenbericht mußte leider konstatiert werden, daß 315 Mitglieder mit 1606 Beiträgen oder einer Gesamtsumme von 722,50 M. restieren. Der Ausschuß erledigte seine Geschäfte in 29 Sitzungen und Versammlungen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des 3. Quartals 436 männliche und 883 weibliche, am Schluß des 4. Quartals 436 männliche und 916 weibliche. Wir haben also eine Zunahme von 33 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen. Der Mitgliederstand im Gau 17 betrug am Schluß des 4. Quartals 28 männliche und 3 weibliche. Unser Arbeitsnachweis erfreut sich einer steigenden Frequenz. Im 4. Quartal waren eingetragen: Stellengesuche: 134 männliche und 176 weibliche; Stellenangebote: 73 männliche und 162 weibliche; besetzte Stellen: 67 männliche und 146 weibliche; nicht besetzte Stellen: 6 männliche und 16 weibliche. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Faust als 1., Krieger als 2. Vorsitzender, Roth als 1., Stöckler als 2. Schriftführer, Gast und Schärnung als Revisoren, Wiedl und die Kollegin Elmayer als Beisitzer, Imtzeher als Bibliothekar, Wofes und Lenzmann als Gewerkschaftsbelegierte. — In seinem Schlußwort an die sehr gut besuchte Versammlung betonte Kollege Faust die Notwendigkeit einer regen Agitation, damit wir im Jahre 1913 gut gerüstet in die Tarifbewegung eintreten könnten.

Saalfeld. Am 17. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, bei welcher bewundernswürdig verschiedene Mitglieder fehlten. Bei Erstattung des Jahresberichts wurde auch auf die im Januar stattgefundene Lohnbewegung hingewiesen, durch die eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung in der Woche und 1 M. Lohnzulage pro Person erreicht wurde. Trotzdem bleibt die Entlohnung in Saalfeld noch eine sehr niedrige und entspricht keineswegs den heftigen Verhältnissen. Auch beschäftigte sich die Versammlung mit der Hofbuchbinderei Richard Hampel wegen verschiedener Mißstände und wegen der Behandlungsweise, die den Gehilfen zuteil wird. Wir werden wahrscheinlich in nächster Zeit an dieser Stelle uns noch näher mit der Firma beschäftigen. Die Zahlstelle zählte am Schluß des Jahres 17 männliche und 4 weibliche Mitglieder.

Hamburg-Altona. In der Generalversammlung vom 20. Februar erstattete der Vorsitzende Kuhlener den Geschäftsbericht über das verfloffene Quartal. Danach war die Tätigkeit der Verwaltung eine sehr vielseitige. Vor allem galt es, der immer mehr überhandnehmenden Verriichtung von Gehilfenarbeit durch Frauen entgegenzutreten. Zu diesem Zwecke fanden in Hamburg sowohl wie in Altona Extraversammlungen statt; außerdem haben sich mehrere Vertrauensmänner- und Mitgliederversammlungen mit demselben Thema befaßt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 7 Sitzungen. Weiter fanden 1 Sitzung des Graphischen Kartells, 3 Schiedsgerichts-, 3 Kartell-, 2 Revisions- und 12 Werkstufenversammlungen statt. Als besonderes Ereignis des verfloffenen Jahres ist der in Bremen stattgefundene Gantag zu nennen. Dem dort gefaßten Beschluß, zum Herbst für den Gau 6/7 eine Lohnbewegung einzuleiten, ist der Gauvorstand nachgegeben. Wegen der durch die Bewegung bedingten Mehrarbeit machte sich eine Ausschüßkraft auf dem Bureau notwendig. Durch die im letzten Quartal ergriffene Erhöhung des Lokalbeitrages werden für unsere Lokalkasse stabilere Verhältnisse geschaffen, so daß wir eventuell späteren Bewegungen gerüstet entgegenüberstehen. Der Kassenbericht für das verfloffene Quartal sowohl wie für das ganze Jahr lag den Mitgliedern vervielfältigt vor. Rüdter gab dazu ergäuzende Erklärungen. Die Einnahme für die Verbandskasse beträgt 7016,54 M., die Ausgabe 6460,82 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 4136,05 M. und eine Ausgabe von 2211,02 M. Die Einnahmen und Ausgaben der Jahresabrechnung balancieren für die Verbandskasse mit 25 663,28 M.

und für die Lokalkasse mit 12 112,03 M. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 469 Kollegen und 778 Kolleginnen, zusammen 1247 Mitglieder. Der Jahresdurchschnitt betrug 1233, während im Jahre 1910 1080 und 1909 862 Mitglieder im Durchschnitt vorhanden waren. Die Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht war eine sehr lebhafte. Rohrbacher führte aus, daß die Steigerung der Mitgliederzahl nur den in der Buchbinderei beschäftigten Personen zu danken sei, in der Kartonagenbranche sei dagegen ein Rückgang zu verzeichnen. Weiter behauptete er, daß es noch nicht gelungen ist, unseren Tarif auf die der Buchbinderzunft angehörnden Betriebe auszudehnen. Diese unliebsamen Erscheinungen liegen nach Meinung des Redners daran, daß den Vorstandsmitgliedern durch späten Feierabend zu wenig Zeit zur Verfügung steht, um sich der Agitation in dem Maße widmen zu können, wie es notwendig wäre. Kollege Rüdter dagegen ist durch die Geschäfte der Zahlstelle sowie des Gaus 6/7 mit Arbeit überlastet, so daß die Agitation unter den Berufsangehörigen vernachlässigt wird. Dies könne nicht mehr so weiter gehen, denn mit der Arbeitskraft unseres Angehörten werde direkt Raubbau getrieben. Man könne nach dem Bureau kommen, wann man wolle, und wenn es abends um 10 oder 11 Uhr wäre, Rüdter sei immer anwesend. Von einer achtstündigen Arbeitszeit, wie wir sie erstreben, ist bei unserem Angehörten nicht im entferntesten die Rede. Auf die Dauer kann ein solcher Zustand aber nicht fortbestehen, entweder muß darunter die Kassenführung oder die Agitation leiden. Nach der Jahresabrechnung sind im Jahre 1911 für Vertretung, Ausschüß usw. auf dem Bureau zirka 850 M. ausgegeben. Daraus könne man ersehen, daß die Arbeit von einer Person absolut nicht mehr bewältigt werden könne. Diese fortgesetzten Ausschüßen seien nichts Halbes und nichts Ganzes. Um die Arbeit ordnungsgemäß und vor allen Dingen die Agitation systematisch betreiben zu können, bedürfe es einer zweiten vollen Kraft auf dem Bureau. Deshalb müsse man sich mit der Anstellung eines zweiten Beamten vertragen machen. Aus diesem Grunde stellte er folgenden Antrag:

„In Anbetracht der immer mehr um sich greifenden Bureauarbeit und der als Folge sich ergebenden Vernachlässigung der Agitation; in weiterer Erwägung, daß außer in den Druckereien noch fast in sämtlichen Betrieben der Buchbinderei sowie Zugulakartonnagen-, Papier- und Einwickelbranche unregelmäßige Verhältnisse bestehen, wird die Ortsverwaltung beauftragt, dem Verbandsvorstand zur gegebenen Zeit eine Denkschrift zu unterbreiten, um die Anstellung eines weiteren Beamten für Hamburg-Altona in die Wege zu leiten.“

Diesen Ausführungen schlossen sich die folgenden Redner an. Es wurde darauf hingewiesen, daß München bei einer nur wenig höheren Mitgliederzahl, aber lange nicht so schwierigen Gauerhältnissen schon lange einen zweiten Beamten habe. Allerdings würden die Ausgaben für einen solchen in kurzer Zeit durch erhöhten Mitgliederstand in Hamburg-Altona wieder eingebracht sein. Rüdter betonte, man solle sich nur keinen Illusionen hingeben betr. Anstellung eines zweiten Beamten. Solange die Kassenverhältnisse in ordnungsgemäßer Weise erledigt würden, wird sich der Verbandsvorstand bei dem augenblicklichen Mitgliederstand nicht dazu herbeilassen, einen zweiten Beamten zu stellen. Er müsse zwar selbst zugeben, daß manche Angelegenheiten besser verfolgt werden müßten, doch sei die Arbeit für eine Person zu viel, zumal wenn eine systematische Agitation vorgenommen werden soll. Aber dazu reicht auch der kleine Kreis der Vorstandsmitglieder nicht aus; es müsse sich der weite Kreis der Mitglieder selbst mit in den Dienst der Sache stellen. Leider haben sich aber in der letzten Vertrauensmännerversammlung auf Anforderung zur Mitarbeit ganze zwei Mitglieder gemeldet. Wenn sich durch gemeinsame Arbeit die Mitgliederzahl um einige Hundert erhöht hat, dann könne man wohl auf ein Entgegenkommen des Verbandsvorstandes im Sinne des Antrages Rohrbacher rechnen. Der Antrag wurde von der Generalversammlung gegen 2 Stimmen angenommen.

Zwei Kollegen, die sich über die Handhabung auf dem Arbeitsnachweis beschwerten, wurden auf den vorgeschriebenen Beschwerdebeweg verwiesen. Kollege Meyer regte an, arbeitslose Kollegen, wenn solche eventuell auf dem Bureau mit tätig sind, zu entschädigen. Dem wurde erwidert, daß außer besonderen Bewilligungen dafür keine Mittel zur Verfügung stehen. Bei den nun vorgeschommenen Wahlen wurden Rüdter als Vorsitzender und Engel als Schriftführer gewählt, zu Beisitzern die Kollegen Düsing, Pfennig, Rohrbacher und Windte, letzterer vertritt den Posten eines Bezirksleiters in Altona. Zu den Gauvorstand werden die Kollegen Andersen und Heiland gewählt, als Revisoren Pfeiffer, Konrad und Haupt. Das Restkomitee setzt sich aus den

Kollegen Vinar, Engel, Heiland, Kremer und Windte zusammen. Da die Bureaueinrichtung sehr primitiv und ungeeignet ist, stellte der Vorstand an die Generalversammlung den Antrag auf Anschaffung eines Schrankes und eines Schreibtisches. Dem wurde zugestimmt. Auf Antrag Schable soll an den Verbandsvorstand das Ersuchen gestellt werden, einen Teil der Kosten zu übernehmen. Ein Antrag Jedesch betr. Agitation und ein Antrag Haupt betr. Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung werden dem Vorstand überwiesen. Zum Schluß weist Kollege Rüdter noch auf die zu Ostern stattfindende Kartonnagen- und Einwickelkonferenz hin.

Dresden. Die Versammlung vom 22. Februar behandelte die „Ausbreitung unseres Beitrages für den Volkshauses-Erweiterungsbau“. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegin Klara Schödel in üblicher Weise geehrt. Dann gab Lange ein ausführliches Referat über die Entstehung und den Werdegang der Volkshäuser im allgemeinen und des Dresdener Volkshauses im besonderen. Weiter wies er hin auf die Bedeutung derselben für die gesamte Arbeiterschaft, vor allem auf die so segensreich wirkender Einrichtungen wie Arbeitersekretariat, Auskunftsstelle, Herberge und die Wärmehäuser. Injere arbeitslose Kollegenschaft weiß ganz genau, was dies für sie bedeutet. Bei Streiks und Aussperrungen findet die Arbeiterschaft dort ebenfalls die Stätte, wo sie sich versammeln kann, ohne zu irgendwelchen Ausgaben gezwungen zu sein. Ferner bringen es die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften und andere gemeinnützige Einrichtungen mit sich, daß täglich viele Hunderte ein- und ausgehen, die nichts dazu beitragen können, diese Schöpfung der Arbeiterschaft so gewinnbringend zu gestalten, wie es das Interesse der gesamten Arbeiterbewegung erfordert. Das erfreuliche Wachstum der Gewerkschaftsbewegung bringt es nun mit sich, daß das Volkshaus in seiner gegenwärtigen Gestaltung nicht mehr allen Ansprüchen gerecht werden kann. So tritt nun auch an uns die Verpflichtung heran, unseren Teil, wie sämtliche angeschlossenen Gewerkschaften, zur Lösung dieser Frage beizutragen. Da aber unsere Lokalkasse nicht derartig gut fundiert ist, um den auf uns entfallenden Beitrag aus der Lokalkasse zu decken, empfiehlt der Vorstand die Einführung einer Extrasteuer für 2 Jahre. Diese soll betragen für männliche Mitglieder 20 Pf. und für weibliche Mitglieder 10 Pf. pro Monat. In der darauf folgenden Aussprache wurde die Notwendigkeit dieses Beitrages allseitig anerkannt. Verschiedene Auffassungen traten lediglich über die Art der Erhebung der Extrasteuer auf, doch findet der Antrag des Vorstandes mit großer Mehrheit Annahme. Bewunderlich ist es, daß eine derartig wichtige Versammlung so außerordentlich schlecht besucht war; um so mehr, da nichts verjäumt war, die Kollegenschaft auf die Bedeutung dieser Versammlung aufmerksam zu machen.

Berlin. (Die Stellung der Berliner Werkmeisterorganisation zur Tarifbewegung in der Bezugsbranche.) In Nr. 4 der „Buchbinder-Zeitung“ ist unter dieser Stichmarke ein Bericht enthalten, der über die Haltung der Berliner Werkmeister zu der Tarifbewegung in der Bezugsbranche Aufschluß gab. In diesem Bericht ist gesagt, daß „auf Vorschlag der Verwaltung der Berliner Ortsgruppe des Werkmeisterverbandes und nach einem Referat ihres Vorsitzenden beschlossen worden sei, die Einführung des Tarifes nicht nur nicht zu unterstützen, sondern sich ihr zu widersetzen in den Betrieben, in denen bereits die in dem Tarif geforderten Löhne gezahlt werden. Da nun aber nur solche Betriebe bei der ganzen Bewegung in Frage kommen, so wäre durch diese einfache Dekretierung die Tarifbewegung glatt aus der Welt geschafft.“ In diesem Bericht ist ein Irrtum enthalten, in dem in der betreffenden Versammlung nicht so, wie hier angegeben, beschlossen wurde. Richtig ist, daß während des größten Teiles der Versammlung und auch in dem Referat des Vorsitzenden ausnahmslos nur die von uns in Nr. 4 gebrachte Stellungnahme zum Ausdruck kam. Dem kleineren Schlußteil der Versammlung konnte jedoch unser Gewährsmann nicht beiwohnen und es scheint, wie auch vom Werkmeisterverband berichtet wurde, daß in diesem letzten Teil eine direkt gegenläufige Stellung eingenommen und demgemäß beschlossen wurde. Verhält sich die Sache so, woran zu zweifeln wir nach den Angaben des Werkmeisterverbandes keine Ursache haben, dann scheint uns die Ausdrucksweise der „Werkmeisterzeitung“, die von „Lügen haben kurze Beine“ redet, recht stark deplaciert. Dadurch wird nämlich der Ansicht erweckt, als wenn der Bericht in unserer Nr. 4 vollständig aus der Luft gegriffen wäre, und das kann man nach der obigen Schilderung des Sachverhaltes nicht behaupten.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. In zwei Tagen der Vorwoche gab es im Reichstag eine Feuerungsdebatte, die bei allem Ernst, der ihr inne wohnt, einen gewissen tragikomischen Weigeschmack nicht entbehrte. Die „Kartoffeldebatten“, wie sie kurz bezeichnet wurde, war verursacht durch Interpellationen der Fortschrittler und Sozialdemokraten. Die Interpellationen der ersteren Partei verlangten die Aufhebung der Futtermittelzölle auf Mais und Gerste und eine Suspendierung des Kartoffelzollens bis zum 1. Mai. Die Sozialdemokraten verlangten die gänzliche Aufhebung des Kartoffel- und Futtermittelzollens. Der langen Debatten kurzes Ergebnis ist die Erklärung der Regierung, den Kartoffelzoll (für vorjährige Kartoffeln) bis zum 1. Mai zu suspendieren, daß jedoch an eine Aufhebung der Futtermittelzölle nicht zu denken sei. Mit diesem mageren Zugeständnis mußte sich der Reichstag zufrieden geben, denn Anträge und Abstimmungen gibt es bei Interpellationen nicht. Daß sich die Vertreter des schwarz-blauen Blocks gegen die Wünsche der Fortschrittler aussprachen, ist selbstverständlich, kaum daß sich die Zentrumsdreher dazu aufzuschwingen vermochten, der zugestandenen Suspendierung des Kartoffelzollens bis zum 1. Mai zuzustimmen.

Im altenburgischen Landtag wird sich ebenfalls in Nähe eine Feuerungsdebatte entspinnen, da die sozialdemokratische Fraktion dieses Parlamentes einen Antrag eingebracht hat, der die „Herzogliche Staatsregierung ersucht, im Bundesrat unermüßlich die Initiative zu ergreifen, um der bestehenden und sich fortgesetzt steigenden Verteuerung des notwendigen Lebensunterhaltes in wirksamer Weise zu begegnen.“ Die Antragsteller verlangen als Abschlagszahlung die Einschränkung der Grenzsperrung gegen die Einfuhr von Jungvieh, Schlachtvieh und Fleisch auf das für den Seuchenschutz unumgänglich notwendige Maß und Aufhebung der Zölle auf Kartoffeln, Getreide, Hülsenfrüchte und alle übrigen Lebensmittel. — Da im Bundesrat Kreuzen tonangebend ist, kann man sich, wenn der altenburgische Landtag wirklich diesen Anträgen seine Zustimmung gibt, den Ausgang der Affäre schon von vornherein denken. Und das trotz der Begründung anlässlich der Erhöhung der Zivilliste des preussischen Königs!

Reichstag und Arbeiterfrage. Dem neu zusammengesetzten Reichsparlament sind durch die einzelnen Parteien eine große Anzahl von Gesetzentwürfen und Anträgen sozialpolitischer Inhalts eingereicht worden, die in ihrer Gesamtheit einen wesentlichen Einfluß auf unsere Arbeiterbewegung ausüben würden, wenn sie sämtlich zur Annahme kämen. Daran ist aber selbstverständlich nicht zu denken, es wird überhaupt kaum ein nennenswerter Teil von ihnen zur Verhandlung kommen. Wir wollen immerhin hoffen, daß wenigstens einige der dringlichsten Arbeiten in unserem Sinne erledigt werden.

Aus der Fülle der Anträge heben wir die folgenden hervor, die vor allem unsere Interessen als Gewerkschafter berühren. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt eine Revision des Reichsvereinsgesetzes, die eine liberalere Handhabung dieses Gesetzes herbeiführen soll und vor allem den Sprachenparagrafen und das Uebervachtungsrecht durch die Polizeibehörde beseitigt. Das gleiche verlangen auch die Polen und das Zentrum. Gefordert wird ferner eine Revision der Reichsversicherungsordnung, um den Versicherenden das Selbstverwaltungsrecht zu geben, die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Angestellten bis zu 5000 Mk. Einkommen zu erlangen, größere Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen, auch sonstige Erleichterungen zur Erlangung der Renten, Erhöhung derselben und auch Gewährung von Altersrenten schon vom vollendeten 65. Lebensjahre an zu erhalten. Die Polen verlangen letzteres vom vollendeten 60. Jahre an. Weitere Anträge der sozialdemokratischen Fraktion verlangen die Abänderung des Gesetzes über die Beschlagnahme des Lohnes (Erhöhung der der Beschlagnahme nicht unterliegenden Summe auf 2500 Mk.) sowie Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch Leistung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln an die Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften: Zusammenfassung aller zum Schutze der Arbeiter und Angehörten und zur Regelung des Arbeitsvertrages bestehenden Gesetze und Verordnungen zu einem einheitlichen Arbeiterrecht. Hierzu verlangt das Zentrum die Regelung der Arbeitsverhältnisse der fremdländischen Landarbeiter, während die Polen eine Regelung auf reichsgesetzlicher Grundlage für alle Ausländer fordern. Das

Zentrum verlangt weiter Ausbau des Koalitionsrechtes auch dahin, daß Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauches des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt werden. Ja, selbst der Achtstundentag ist in das Programm des Zentrums aufgenommen worden. In dem Verlangen nach einem einheitlichen Vergerecht wird die Einführung der achtstündigen Schicht für die Arbeiter unter Tage mit kürzerer Bemessung bei Kälte und höherer Temperatur verlangt. In demselben Antrage werden von den Arbeitern gewählte Sicherheitsmänner für die Grubenkontrolle, das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht der Knappschaftsmitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und Sicherung leistungsfähiger Knappschaftsstellen gefordert. Auch für die Großindustrie wird die achtstündige Arbeitszeit für die am Feuer beschäftigten Arbeiter und eine regelmäßige Dauer der Arbeitszeit von höchstens 10 Stunden für alle anderen Arbeiter gefordert. Für das Baugewerbe sollen neben besonderen Beamten für die Baukontrolle gewählte Vertreter der Arbeiter zu der Kontrolle zugezogen werden. Schließlich beschäftigt sich ein Antrag mit der Besserstellung der Gehilfen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher. Bei Beratung dieser Anträge wird es sich zeigen, ob es dem Zentrum ernst ist mit der Durchführung sozialpolitischer Reformen. Auf die tatkräftige Unterstützung der 110 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion kann das Zentrum bestimmt rechnen. Ob aber beim Zentrum zwischen Antragstellern und Beschließenden nicht eine gewaltige Kluft sich aufbaut, wird die Zukunft lehren.

Von den übrigen Parteien liegen noch folgende Anträge vor. Die Sozialdemokraten beantragen: Gesetzliche Regelung des Arbeitsrechts aller Privatangestellten, des in Theater, Lichtspiel- und Unternehmungen tätigen Personals und der Straßenbahner; Aufhebung der Gewerbeordnungen, Einführung des Achtstundentages und des freien Sonnabendnachmittags für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis in der Industrie, im Handels- und Verkehrswejen beschäftigten Personen, Achtstundentag und Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in der Glasindustrie, Schutzbestimmungen für die Arbeiter in Hütten-, Walz-, Hammer- und ähnlichen Werken und der chemischen Industrie; Einsetzung einer Reichsbehörde zur Untersuchung von Unfällen im Bergbau; reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeitersehens; eine Novelle zum Hausarbeitsgesetz, nach der die Einführung von Lohnkommissionen geregelt wird, sowie Schaffung von Arbeitsgerichten für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, für die — soweit sie nicht dem Gewerbe- oder Kaufmannsgericht unterliegen — bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag ein Arbeitsgericht zuständig sein soll und endlich gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises.

Die Nationalliberalen verlangen: Gewährung der Koalitionsfreiheit auch an die Beamten durch Ausbau des Beamtenrechts; Errichtung eines Reichseinigungsamtes; Regelung der Dienst- und Nebenzeit des Eisenbahnpersonals; gesetzliche Regelung der Bekämpfung der Tuberkulose.

Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt: Aufhebung der bundesstaatlichen Koalitionsverbote für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Gehilfen, sowie Einführung einer Reichsgefindeordnung.

Endlich beantragen die Polen außer den bereits genannten Anträgen noch: Regelung des Wohnungswesens; Zuziehung von Arbeitern zur Baukontrolle und zur Kontrolle der Betriebe durch die Gewerbeinspektionen; Vorlage eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes; Beseitigung aller Beschränkungen des Koalitionsrechtes und Regelung des Koalitionsrechtes der Landarbeiter; gesetzliche Regelung der Verhältnisse der hauswirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter Aufhebung der Gewerbeordnung; Errichtung eines Reichsarbeitsamtes und einer Arbeitskammer; gesetzliche Regelung des Abschlusses von Tarifverträgen durch Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, denen die Rechte von juristischen Personen zu verleißen sind, und Errichtung eines Reichseinigungsamtes; Einsetzung einer Reichsbehörde zum Zwecke der Untersuchung von Unfällen, insbesondere der Massenunfälle beim Bergbau; Einführung des achtstündigen Arbeitstages für Zink- und Eisenhütten, Hochöfen, Walzwerke und die chemische Industrie; Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Frauen in Fabriken und Bergwerken.

Außer diesen hier aufgeführten sind noch viele weitere Anträge gestellt, die zum Teil politischer, zum Teil wirtschaftlicher Natur sind und alle mehr

oder weniger unsere Interessen mitberühren. Was mag davon nach Abschluß der laufenden Legislaturperiode zum Gesetz geworden sein? Wenn bei den bürgerlichen Parteien der ernste Wille vorhanden ist, die gestellten eigenen Anträge auch durchzuführen, dann dürfte zweifellos manch gutes Gesetz zustande kommen. Aber damit ist nicht zu rechnen, weil denen das Stellen von Anträgen noch nicht gleichbedeutend ist mit wirklichem Wollen. Die bürgerlichen Parteien stellen ihre sozialpolitischen Anträge zumeist nur aus agitatorischen Gründen. Von einer ernstlichen Vertretung ist bei ihnen keine Rede.

Die Lokalisten und wir. Wenn sich jemand an seinem lieben Nebenmenschen reiben will, dann wird er solange suchen, bis er etwas findet, was dieser ohne Frage nützlichen Tätigkeit den äußeren Anstoß gibt. So ging es auch den Lokalisten resp. der „Einigkeit“, dem Organ dieser „Gewerkschaftsgruppe“. Du lieber Himmel, manche blinde Henne findet ein Körnchen, warum sollte die „Einigkeit“ nicht auch einmal Gelegenheit haben, sich gegenüber dem arbeitslosen Buchbinderverband zu stolzer Höhe emporzurecken und dem zu zeigen, was Klassenkampf und dergleichen mehr eigentlich ist. Lange genug hat es ja gedauert, ehe das bewußte Körnchen in den Schnabel der „Einigkeit“-Henne kam. Unsere Agitationsbrochure „Von Zweien, die erst durch Erfahrung klug wurden“, hat es ihr angetan. Peinliche aber nicht der Teil, der den Klassenkampfscharakter unseres Verbandes darlegt, der da zeigt, in welcher umfangreichen Weise er die Lebenshaltung seiner Mitglieder schon verbessert hat! Daran ist die blinde Henne vorbeigelaufen. Das Kapitel „Unterstützungseinrichtungen“ hat es ihr angetan. Die Tatsache, daß unser Verband seinen Mitgliedern auch in der gemeinen Not des Lebens zur Seite steht und sie darin nicht mit Schlagworten wie Generalstreik, direkte Aktion usw. abweist, ist ihr auf die Nerven gefallen und sie wettet darum auf die Verderbnis unserer Tage, die den Arbeiter den freien Verbänden nachlaufen läßt, denselben freien Verbänden, die neben Streik- und Gewahrgeldunterstützung auch noch in anderen Fällen Unterstützung zahlen, währendem der Stammtisch der Lokalisten immer mehr zusammenschrumpft. Dieser Stand der Dinge verursacht es aber, daß wir der Zeit mit größter Mühe entgegensehen, in der sich „auch bei einem großen Teil der Verbandsmitglieder die Erkenntnis Bahn bricht, daß die Verbände gerade wegen ihrer Unterstützungseinrichtung zur Machtlosigkeit gegen das Unternehmertum verdammt sind.“ Damit scheint es jedoch noch gute Wege zu haben — vorläufig sind es ja unsere Mitglieder selber, die sich die Unterstützungseinrichtungen geschaffen haben — und ehe das geschieht, werden wir wohl unsere Berufsgenossen in ihrer Gesamtheit bei uns organisiert haben.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder u. verwand. Geschäftszweige (E. H.)

Viele Anfragen zu begegnen, erklären wir hiermit, daß durch die Reichsversicherungsordnung sowohl als auch durch das Gesetz der Aufhebung des Hilfskassengesetzes der Fortbestand unserer Kasse nicht gefährdet und deshalb auch eine Beurlaubung unserer Mitglieder durchaus unbegründet ist. Der Tag, mit welchem die den Hilfskassen erteilten Bescheinigungen ungültig werden, wird durch kaiserliche Verordnung bekannt gegeben und muß dann eine Reorganisation innerhalb 6 Monate geschehen. Diese Verordnung ist zurzeit noch nicht erschienen. Die Hilfskassen haben sich dann als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit den hierauf bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes über den Versicherungsvertrag anzupassen. Eine wesentliche Verbesse rung in der Organisation der Kasse wird das verursachen, eine Verschlechterung der Rechte der Mitglieder aber nicht.

Nach der Reichsversicherungsordnung § 503 ist auch die Zulassung der bisherigen freien Hilfskassen, welche nach § 75 des R.-V.-G. als befreiende Klassen wirken, als Ersatzkassen vorgesehen. Zurzeit finden durch den Verband freier Hilfskassen mit dem Aufsichtsrat in Berlin Verhandlungen statt, um ein Normalstatut für Ersatzkassen auszuarbeiten. Durch Vorlagen werden wir dann unseren Mitgliedern Gelegenheit geben, zu urteilen und dann durch eine einigüberufende außerordentliche Generalversammlung selbst entscheiden lassen, in welcher Form die Kasse weiter arbeiten soll. Jedenfalls aber können wir versichern, daß die Rechte unserer Mitglieder durchaus gewahrt bleiben.

Leipzig, den 20. Februar 1912.

Für den Vorstand der Kasse
K. Brandmaier.

Abrechnung des Streiks der Werkstube Hermann Wolf in Berlin.

Einnahme:			
Zentralkasse	6 304,85	Mk.	
Lotalkasse	8 272,30	"	
Summa	9 577,15	Mk.	
Ausgabe:			
Zentralkasse	442,50	Mk.	16 verheiratete Arbeiter
Lotalkasse	24,50	"	2 ledige Arbeiter
	1 447,50	"	68 Arbeiterinnen
	201,40	"	26 Kinder
	36,50	"	1 durchgereisten Kollegen
	245,30	"	Inserate
	108,-	"	Streikleitung
	8,30	"	Fahrtgelber
	810,-	"	Mietzuschüsse
	395,-	"	Weihnachtsunterstützungen
Summa	6 304,85	Mk.	3 272,30

Berlin, den 2. Februar 1912.

Franz Wytomski, Kassierer.

Revisoren:

Georg Leusch. Paul Jahn.

Adressenänderungen. Unterstützungs-Anzahler.

Solingen-Walb. D. Warlich, Hölshheid bei Solingen, Lindenstr. 3 II (Eingang Hintertür), von 12—1 und 6—7 Uhr.
Freiburg i. B. P. Kleijer, Talstr. 11, S. p.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1911 gingen weiter bis zum 27. Februar bei der Verbandskasse ein: Von Gölitz mit — Mk., Halberstadt 141,07 Mk., Apolda — Mk., Saalfeld 13,99 Mk., Weisfels — Mk., Falkenstein — Mk., Wöppingen 120,— Mk. und von Augsburg mit 150,— Mk.

Noch nicht abgerechnet hat die Zahlstelle Pojen. G. Hauelsen.

Briefkasten.

E. S. in St. Wenn auf die Bekanntgabe solcher Ereignisse Wert gelegt wird — was nur in ganz besonderen Fällen statthaft ist —, dann müssen die Meldungen durch die Ortsverwaltungen geschehen. — A. J. u. B. M. in L. Trotz Ankündigung nicht mehr möglich.

Zurückgestellt wurde: „Zur Reorganisation der Zahlstelle Berlin“.

Literarisches.

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage von Paul Girsch und Bruno Vorhardt. Das Werk gibt einen geschichtlichen Ueberblick über die gesamten Wahlen vom Jahre 1867 bis zum Jahre 1912 unter besonderer Berücksichtigung der sozialdemokratischen Beteiligung und Erfolge. An der Hand von fünf übersichtlichen Tabellen wird über das Stimmenverhältnis, die Parteibeteiligung, die Abgeordnetenzahl usw. Aufschluß gegeben. Daran

schließt sich ein Verzeichnis aller Wahlkreise, die zurzeit sozialdemokratisch vertreten sind oder schon einmal im Besitze der Partei waren, ferner ein Verzeichnis der jetzigen sozialdemokratischen Abgeordneten und ihrer Wahlkreise. Eine vergleichende Uebersicht der Reichstagswahlen von 1903, 1907 und 1912 für alle Wahlkreise zeigt die Verschiebung der einzelnen politischen Parteien; die Ergründungen seit 1907 haben besondere Berücksichtigung gefunden: Dem Werk ist eine Karte Deutschlands beigegeben, die in verschiedenen Farben den Besitzstand der Parteien im Reiche angibt. Das Buch ist jedem, der sich über die politische Struktur Deutschlands informieren will, ein zuverlässiger Ratgeber. Der Preis beträgt 2 Mk. Die ungefährte Vereinsausgabe kostet 1 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & m. b. S., Berlin SW. 68.

Chemie im Alltag. Von Dr. Adolf Reiz. Verlag von F. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart. 19. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Diese Schrift will in das große Gebiet der Chemie einführen. Sie will die Sinne schärfen für das Alltägliche, und durch Mitteilung von Tatsachen, die auf dem Wege chemischen Forschens erkannt wurden, zeigen, daß alles, von dessen Vorhandensein die Sinne uns berichten, im stetigen Wandel sich befindet. Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf.

Der Gesamtauflage dieser Nummer liegt ein Prospekt der Firma Dr. Schröder in Berlin bei.

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Arnold Hoffmann**, gebürtig aus Celle, im Alter von 25 Jahren, am 29. d. M. gestorben ist. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Die Ortsverwaltung.

Unsern lieben Kollegen

Leo Albrecht

nebst seiner lieben Frau senden die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung
Die Zahlstelle Mithausen i. Eß.

Junger tüchtiger Einleger

für Will'sche Maschine findet dauernde Stellung. Gefl. Offert. unt. **B. G. 92** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Buchbinderei ohne Ladengeschäft

wird zu kaufen gesucht.
Ed. Erdmann,
bei Strube, Lehrer,
Regitten b. Braunsberg i. Ostpr.

Gutgehende Buchbinderei und Schreibwarenhandlung,

alt, fast 60 Jahre bestehendes Geschäft, mit guten Hilfsmaschinen u. f. Mundschaff, in schöner Stadt Thüringens in bester Geschäftslage, umständehalber zu verkaufen. Offerten unter **N. 94** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Bei Husten, Asthma +

Atemnot, Bronchialkatarrh, überhaupt bei Katarrhen der Atmungswege, Verschleimung, Nachtschweiß, Influenza, Schlaflosigkeit, Kratzen im Halse, Erkältung usw. hat schnell und sicher, oft schon über Nacht, mit wunderbarem Erfolge **Pohls Spezial-Methode** (Bestand: Libersche Kräuter, Karmeliter-Tropfen, Wacholder-Bonbons), gewirkt. Garantiert unschädlich. Zahlreiche Dankschreiben. Alles zur Kur Erforderliche Mk. **5,-**. Nachnahmespesen extra. Nur echt bei **Georg Pohl, Berlin, Hohenstaufenstraße 69.**



Papier-Geschäft,

für Buchbinder geeignet, da feiner in der Nähe, 3 Schulen dicht bei, wegen Auslandsstellung für 4500 Mk. veräußlich.

Kraft, Schöneberg,
Bederstraße 3.

Werkzeug-Klement

Leipzig, Seeburgstr. 36
hält seine Erzeugnisse bestens empfohlen.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 8. März 1912, abends 8 Uhr

im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rassenbericht 1911.
2. Neuwahl resp. Bestätigung der Verwaltung.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Die Ortsverwaltung.

Lohnstarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1,— Mk. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 Mk.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto für Nichtmitglieder 1,10 Mk.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die

Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer

Preis für Mitglieder 2,30 Mk. einschließlich Porto
Preis für Nichtmitglieder 3,30 Mk. einschließlich Porto

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserer Verze bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit. Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Wertes sein, das auch durch sein vornehmeres Aeußere jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.